



Schweizerisches

**Sozialarchiv**

**Sachdokumentation**

**Signatur: KS 335/41d-2**

[www.sachdokumentation.ch](http://www.sachdokumentation.ch)

### **Nutzungsbestimmungen**

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41d-2

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich  
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

# AUTONOMER

Katalogisiert  
335  
41d-2  
Schweizerisches  
Sozialarchiv

# KAMPF



# ARBEITSDOKUMENTE 4

---



# Unsere Intervention im Drahtschmidli

Die Lehrlinge haben eine grosse strategische Bedeutung für die Entwicklung der Arbeitermacht. Sie sind der Schnittpunkt zwischen Jugendbewegung und Arbeiterbewegung, sind besonders grosser Unterdrückung und zumeist auch Ausbeutung ausgesetzt, noch nicht vollständig unter die Fabrikdisziplin gebracht, ohne hemmende Familienverpflichtungen. Unsere Intervention in der Jugendbewegung muss sich daher mit Vorrang auf die Lehrlinge beziehen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben mit Deutlichkeit gezeigt, dass entgegen dem üblichen Schema die Lehrlinge nicht von ihrer Situation als Arbeiter her mobilisiert werden, sondern vor allem als Jugendliche oder Berufsschüler. Daher kommt es auch, dass die Forderungen nach Autonomen Jugendzentren eine grössere Bedeutung bekamen als etwa Forderungen wie Lehrlingslohn, Ferien, Abschaffung der Lehre usw. Das hängt wohl unmittelbar mit der grossen sexuellen Problematik der Jugendsituation zusammen, die immer wieder alle anderen materiellen Fragen überdeckt. "Jugendzentrum" - das kann nur die Möglichkeit sexueller Kontakte, freie Entwicklung sozialer Kontakte überhaupt (Diskussion, Gruppenbildung, Zusammenwohnen usw) bedeuten. Jedes Jugendzentrum, das diese Bedürfnisse verdrängt oder mit Ersatzbedürfnissen überspielt (Hobbies, Popkonsum, Drogen usw), ist letztlich nur wieder ein neues Disziplinierungsmittel der Unternehmer, das etwa die abgewirtschaftete Familie ersetzen soll. Die Forderung nach einem Autonomen Jugendzentrum ist daher - bewusst oder unbewusst - die Forderung nach einem Spielraum, der überhaupt den Angriff auf die Fabrikarbeit und die Lehre erst zulässt. Es geht darum, im Kampf um diese Forderung diesen Raum der Autonomie zu eröffnen, eine jungproletarische Bewegung aufzubauen, die imstande ist, ihre Parolen innerhalb der Aktionen zu vertiefen und auszuweiten und ihre Erfahrungen in Organisation umzusetzen. Denn unsere Autonomie misst sich am Grad der Vereinheitlichung und der organisierten Macht der Bewegung.

## VORGESCHICHTE: DER KAMPF UM DIE EINHEIT DER ARBEITERJUGEND

- Globus** Im Juni 68 kämpfte die Zürcher Jugend um eines ihrer ältesten Anliegen: für ein Autonomes Jugendzentrum. In einer zweitägigen Strassenschlacht wurde sie von 800 Polizisten zusammengeschlagen, im Globuskeller weiterbehandelt und von Presse, Justiz und Behörden "zur Ruhe gebracht". So wehrte die Zürcher Bourgeoisie den Anfängen. Aber es ging weiter.
- Bunker** Der Stadtrat fasste den Plan, die aufsässige Arbeiterjugend im Betonbunker unter dem Lindenhof zu ghettoisieren, um sie so unter Kontrolle halten zu können. Schon zwei Monate später hatte sich die proletarische Jugend soweit organisiert, dass sie die ihr gesteckten Grenzen zu überschreiten begann. Man erinnert sich an den Kampf der Bunkerjugend gegen Konsumzwang, an den proletarischen Kampf gegen Lehrlingsausbeutung, Bevormundung und Unterdrückung. Man erinnert sich auch an den Kampf gegen die Deklassierung der Arbeiterjugend in den Erziehungsheimen - den Kampf für die Einheit der Klasse.  
Der Stadtrat, unter dem Druck des Bürgertums, sah sich gezwungen den Bunker zu schliessen.
- ARB** An einer massenhaft besuchten Vollversammlung der Bunkerjugend wurde die ARB gegründet. Der Kampf ging dort weiter, wo der Stadtrat die Arbeiterjugend hingestellt hatte: auf Strassen und Plätzen.
- Venedigstrasse** Die proletarische Jugend solidarisierte sich mit den Bewohnern der Venedigstrasse, die sich mit einer Hausbesetzung gegen die illegale Abbruchpolitik des Stadtrats zur Wehr setzten. Auf einer Massendemonstration wurde die Einheit mit all den von Häusermord und Spekulantentum betroffenen Arbeitern, Angestellten und Rentnern verwirklicht.
- Shopville** Lehrlinge, Schüler und Studenten diskutierten täglich mit der Bevölkerung im Shopville. Auf deren wachsende Solidarität mit der unterdrückten Arbeiterjugend reagierten die Zürcher Machthaber mit dem Shopville-Erlass und dem Gesetz über die Vorbeugehaft.
- 1. Mai 71** Die Bunkerjugend erhob sich zusammen mit dem meist unterdrückten Teil der Arbeiterschaft, den Fremdarbeitern, gegen den verstärkten Polizei- und Justizterror in unserer Stadt.
- Uitikon** Heimkampagne und ARB unterstützten die Uitikoner Genossen in ihrem Kampf gegen Isolation und Unterdrückung. Justiz und Presse reagierten darauf mit einer grossangelegten Kriminalisierungswelle. Die Aktivisten der HK und ARB wurden massenhaft in Untersuchungszellen geworfen. Mit diesem harten Schlag versuchte die Zürcher Bourgeoisie die proletarische Jugendbewegung endgültig zu liquidieren.

Brunau Die Liquidation war zwar nicht gelungen. Aber die Bewegung war doch entscheidend geschwächt worden. Fast ein Jahr lang blieben einige Pop-Feste auf der Allmend Brunau vor der Stadt die einzige Möglichkeit, sich in grösserer Anzahl zu treffen. Das politische Bewusstsein der Bunkerjugend vom Frühling/Sommer 71, Vorkämpfer einer proletarischen Jugendbewegung zu sein, wich einer deprimierten Randgruppenmentalität.

## **GLOBUS, BUNKER, DRAHTSCHMIDLI.**

### CHRONOLOGIE DER DRAHTSCHMIDLI-AKTION

30. 9.72 Nach einem Fest mit den Ton Steine Scherben auf der Brunauer Allmend wird das Zürcher Jugendhaus Drahtschmidli besetzt. Eine Gruppe Jugendlicher bleibt während der Nacht und am Sonntag dort.
- 1.10.72 1. Vollversammlung im Drahtschmidli. 300 Jugendliche beschliessen, einen Saal bis zum Samstag, 7.10. täglich von 14-23.30 als Treffpunkt offenzuhalten. Es wird ein provisorisches Komitee geschaffen, das den Auftrag erhält, auf den nächsten Samstag eine grosse Vollversammlung vorzubereiten.

### AUTONOMER KAMPF: STELLUNGSNAHME ZUR DRAHTSCHMIDLI-AKTION

Die Aktion muss innerhalb der Bunkerbewegung gesehen werden. Die Bunkerjugend wurde nach und nach ihrer Treffpunkte beraubt (Lindenhofbunker, Notschlafstelle Oberdorf, Shop-ville, Odeon etc) und zur Stadt hinausgejagt auf die Allmend. Es blieb ihr keine Möglichkeit einer Offensive. Die Allmendfeste waren Konsum-Feste, isoliert von Arbeit und Betrieb und boten daher keine Agitationsmöglichkeiten.

Obwohl nun die Drahtschmidli-Aktion unter der Aneignungsparole geführt wird, ist auch sie noch keine eigentliche Offensive:

1. Man zieht ins Drahtschmidli, weil es auf der Allmend zu kalt geworden ist, und nicht um eine politische Perspektive zu verwirklichen.
2. Die Stadt kann durch diese Aktion wohl zu einigen Konzessionen gezwungen werden, aber sie wird keineswegs in die Verteidigung getrieben.
3. Die Bunkerjugend findet bei den bisherigen Drahtschmidli-

Benützern keine Solidarität und bemüht sich auch nicht darum. Damit bleibt sie in ihrer Isolierung stecken, es besteht für die Stadt keine Gefahr einer neuen, breiteren Bewegung.

4. Der Aktion liegt keine organisierte politische Kampflinie zugrunde, die sich gezielt gegen Produktionsverhältnisse und Lohnarbeit richtet.

Die Bunkerjugend zeigt, dass sie noch da ist, dass sie für den Winter keinen Treffpunkt hat, und dass sie deshalb für ein Jugendzentrum kämpfen will. Sie hat ihr "Bunkerbewusstsein" beibehalten: Wir haben ein Recht auf ein Jugendzentrum. Wir haben das Recht, dieses Jugendzentrum selbst zu führen und zu verwalten. Wir haben ein Recht, uns zu treffen. Wir haben ein Recht auf Räume für unsere politische Arbeit und ein Recht, uns zu organisieren. Wir nehmen uns, was uns gehört.

In diesem Bewusstsein wurde das Drahtschmidli besetzt und der Kampf für ein neues Jugendzentrum wieder aufgenommen. Soweit ist die Bunkerjugend der Stadt wieder einmal unangenehm, aber noch lange nicht gefährlich geworden. Die Aktion ist beschränkt auf das Drahtschmidli, sie fordert einen neuen Freiraum, wo man in der Isolierung bleibt und wo sich politische Arbeit mit viel Pop-Szene verharmlost. Die Bunkerjugend stellt noch keine Gefahr dar für unsere kapitalistischen Stadtherren, solange sie keine proletarische BEWEGUNG ist. Wir müssen aber wieder zur BEWEGUNG werden:

- Wir werden keinen isolierten Kampf mehr führen. Wir müssen unsere Vergangenheit, die Bunker-BEWEGUNG, weiterentwickeln. D.h. wir werden mit einer politischen Linie und aus einem klaren Klassenstandpunkt heraus kämpfen.
- Die Parole NEHMEN WIR, WAS UNS GEHÖRT werden wir nicht auf das Drahtschmidli beschränken, sondern auch sie einer langfristigen politischen Perspektive unterstellen.
- Wir werden den Kampf inhaltlich und organisatorisch mit dem Kampf der Arbeiterklasse in anderen Praxisbereichen verbinden.

#### STELLUNGSNAHME ZUM DRAHTSCHMIDLII

Das Drahtschmidli darf nicht als neuer Schmalspurbunker benutzt werden, sondern hat seine Funktion als Ausgangspunkt für An-

eignungskämpfe. Diese müssen auf einer ersten Stufe als Intervention in den verschiedenen Freizeitanlagen geführt werden, womit die Bunkeravantgarden ihre Isolierung aufheben und sich als politisches Subjekt wiederherstellen. (Schon im Drahtschmidli darf das Verhältnis der Brunauleute zu den ursprünglichen Benützern kein konkurrierendes, sondern muss ein agitatorisches Verhältnis sein).

Ebenso die Intervention in den Freizeitanlagen: unter der Parole der Aneignung, gegen Freizeitindustrie, bürokratische Verwaltung und Bevormundung - für Jugendautonomie, Selbstverwaltung und Selbstorganisation.

Auf einer zweiten Stufe soll von den Quartierorganisationen aus die Lehrlingsagitation betrieben werden. Zielsetzung ist die Eroberung eines politischen und organisatorischen Spielraums, aus dem heraus die Freizeitbewegung sich das Problem der Fabrik stellen kann.

Organisatorisch: In den Freizeitanlagen werden politische Kerne gebildet, welche in Zusammenarbeit mit dem AK die Lehrlingsarbeit aufnehmen und so ein tragfähiges Praxisfeld erschliessen. In Frage kommen Flugblattverteilungen und Teach-ins in Lehrlingslokalen und Treffpunkten, Gewerbeschulen, vor Betrieben etc. Die Komitees müssen von Anfang an geschlossen und arbeitsteilig geführt werden und auf ein gemeinsames politisches Konzept ausgerichtet sein (vgl. Bunkerkritik).

3. Oktober 72

- 4.10.72 Das Drahtschmidli wird "auf unbestimmte Zeit" geschlossen.
- 7.10.72 2. Vollversammlung im Schützenhaus Albisgüetli. Die Teilnehmer fordern die sofortige Wiedereröffnung des Drahtschmidli für alle Jugendlichen sowie einen Saal zur Selbstverwaltung.
- 14.10.72 Teach-in der HEIMKAMPAGNE auf dem Helvetiaplatz zu den Uitikoner Prozessen.
- 16.10.72 Volkstribunal über die HEIMKAMPAGNE auf dem Helvetiaplatz.

18.10.72 Teach-in des AK im Jazzkeller des Drahtschmidli, das wieder geöffnet ist. Diskussion über die Inhalte der Autonomie. Organisation der ersten Propagandatrups.

25.10.72 3. Vollversammlung im Volkshaus, Weisser Saal. 400 Jugendliche beschliessen die Einheitsparole: DAS DRAHTSCHMIDLI DER GANZEN ZUERCHER JUGEND. Es wird eine Unterschriftensammlung lanciert, welche die Abschaffung aller Eintrittspreise im Jugendhaus, sowie einen Saal zur Selbstverwaltung fordert. Innert 12 Tagen sammeln die Propagandatrups 3000 Unterschriften, später nochmals 1000. Das Resultat einer gleichzeitig mit allem Aufwand gestarteten Unterschriften-Aktion des Jugendhausleiters Amberg wurde bis heute nicht veröffentlicht.

# WER ZAHLT EINTRITT IM EIGENEN HAUS? DIE ZÜRCHER JUGEND IM JUGENDHAUS!

8.11.72 Fest im Jazzkeller des Drahtschmidli. Obwohl der Saal regulär gemietet und bereits bezahlt ist, verbietet

Amberg die Benutzung des Saals, angeblich "aus feuerpolizeilichen Gründen". Der Saal wird gestürmt und das Fest trotzdem durchgeführt. Obwohl Amberg Antrag auf Hausfriedensbruch gestellt hat, verhält sich die Polizei zurückhaltend und lässt uns nach einer ausreichenden Frist abziehen.

# GEGEN DIE SPALTERTAKTIK DER BEHÖRDEN

# DAS DRAHTSCHMIDLI DER GANZEN ZÜRCHER JUGEND!

- 14.11.72 4. Vollversammlung in der Freizeitanlage Heuried. Es wird beschlossen, an der "Drahtschmidli-Party 1972" der Jugendhausleitung den Gratiseintritt zu erzwingen.
- 18.11.72 1. Gratiseintritt. Am Eingang des jährlich stattfindenden grossen Drahtschmidli-Festes beschliessen 600 Jugendliche in einer Abstimmung, den freien Eintritt zu erzwingen. Trotz dem Ultimatum Ambergs wird das Fest autonom durchgeführt. Erst am Morgen um 5.30 Uhr erscheint die Polizei und verhaftet den Rest der Teilnehmer, die

mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt sind. 39 Jugendliche werden festgenommen und des Hausfriedensbruchs angeklagt.

25.11.72 2. Gratiseintritt. Am Samstagabend-Fest im Drahtschmidli wird wieder der Gratiseintritt erzwungen. Amberg versucht, die Jugend zu spalten und mobilisierte über eine "Initiative Zürcher Jugend" die "schweigende Mehrheit", auf die er sich zu berufen pflegt. Ein knappes Dutzend Jugendlicher fährt ein und versucht mit 4 subventionierten Megafonen und schlechten Argumenten die Abstimmung zu verhindern. Das Fest wird gratis und autonom durchgeführt und um 23.30 abgebrochen.

1.12.72 5. Vollversammlung im Volkshaus, Weisser Saal. Es wird beschlossen, die Gratis-Feste weiterzuführen.



# AUTONOMER KAMPF

Stellungnahme zur 5. VV  
(Flugblatt)

Vor drei Monaten haben wir uns nach dem Allmendfest im Drahtschmidli versammelt. Damit haben wir gezeigt, dass wir uns nach den harten Kämpfen um den Lindenhofbunker nicht in die Resignation treiben liessen, sondern uns nach wie vor als eine Bewegung verstehen. Wir haben uns wieder organisiert und ein neues Komitee gewählt.

Wir haben versucht, unsere Isolierung zu durchbrechen; Mittel dazu waren die Diskussionen im Drahtschmidli, die Unterschriftensammlung, die Propagandatrupps. Ein erster Erfolg zeigte sich am Drahtschmidlifest vom letzten Samstag, als 600 Zürcher Jugendliche geschlossen den Gratiseintritt erzwangen und ihr Fest trotz dem Protest der Jugendhausleitung selbst organisierten.

Damit hat sich aber auch die Situation verschärft und damit die Möglichkeit von Konfrontationen. Dass Amberg die Schmier erst am Sonntagmorgen um fünf zu rufen wagte, als nur noch einige von uns den Saal aufräumten, darf uns nicht über unsere organisatorische und politische Schwäche hinwegtäuschen.

Um der Reaktion der Jugendhausleitung und der Behörden begegnen zu können, brauchen wir klare Vorstellungen über unsere nächsten Schritte. Wir müssen erstens

## **DIE SPALTUNG VERHINDERN, DIE EINHEIT VERSTAERKEN!**

Dazu müssen wir die Arbeit in den Quartieren vorantreiben. Wir müssen verstärkt in Freizeitanlagen und Lehrlingslokalen, vor Schulen und Betrieben agitieren. Bei Konzerten und Jugendversammlungen, überall wo Lehrlinge und Jungarbeiter sich treffen, müssen wir unsere Sache erklären und vertreten.

Wir müssen zweitens

## **DIE BEWEGUNG VERALLGEMEINERN UND AUSWEITEN!**

Dazu genügt es nicht, den Kampf für ein Autonomes Jugendzentrum zu propagieren. Wir müssen immer für die Interessen der ganzen proletarischen Jugend kämpfen. In den Freizeitanlagen, in den Schulen und Lehrlingsheimen müssen wir unsere Autonomie erkämpfen.

Wir, die Arbeiterjugend, haben ein Recht auf ein Jugendzentrum. Wir haben das Recht, dieses Jugendzentrum selbst zu verwalten. Wir haben ein Recht, uns zu treffen. Wir haben ein Recht auf Räume für unsere politische Arbeit und ein Recht, uns zu organisieren. Wir nehmen uns, was uns gehört.

Aber das AJZ bedeutet für uns nicht einen Freiraum, in dem wir unabhängig von der "übrigen" Gesellschaft unseren privaten Egoismus ausleben können. Sondern es bedeutet für uns ein Mittel, die Solidarität unter uns zu vergrössern, indem wir uns über unsere eigentlichen Interessen klarwerden - die gleichen Interessen, für die auch die Arbeiter in den Fabriken kämpfen. Wir müssen lernen, uns zu organisieren und organisiert für unsere Interessen zu kämpfen. Wir müssen lernen, die Einheit der Arbeiterjugend und der ganzen Arbeiterschaft zu verstärken und das Kapitalistenpack und all seine Handlanger in Fabriken, Schulen, Gerichten und Erziehungsanstalten vernichtend zu schlagen. AUTONOMER KAMPF!

- 2.12.72 3. Gratiseintritt. 200 Jugendliche versammeln sich vor dem Drahtschmidli, um wiederum den Gratiseintritt zu erzwingen. Diesmal hat Amberg die Tanzveranstaltung kurzfristig abgesagt und das Haus geschlossen. Der Saal wird geöffnet und das Fest fängt an. Wenige Minuten später erscheint Amberg und stellt das Ultimatum. Die Jugendlichen beschliessen per Abstimmung, passiven Widerstand zu leisten. Um 21 Uhr erscheint die Polizei und verhaftet 95 Jugendliche, die bis 02.00 auf der Kripo festgehalten werden.
- 16.12.72 Grossdemonstration ins Drahtschmidli und 4. Gratiseintritt. 500 Jugendliche beteiligen sich an der Demo und öffnen den grossen Saal im Drahtschmidli, um ihr Fest durchzuführen. Die Polizei reagiert mit einem ausserordentlich harten Einsatz. Knüppel und Tränengas gegen einige Steine und einen improvisierten Molotov. 216 Jugendliche beschliessen, passiven Widerstand zu leisten und lassen sich solidarisch hinaustragen. Einzelne Gruppchen, die mit Sprechchören vor der Kripo die Freigabe der Gefangenen verlangen, werden noch morgens um 4 zusammengeschlagen.
- 30.12.72 6. Vollversammlung im Volkshaus, grosser Theatersaal. 400 Jugendliche diskutieren und verabschieden das von den ROTEN STEINEN und vom AUTONOMEN KAMPF vorgeschlagene Silvestermanifest. Im Komitee gehen die Meinungen über die Weiterführung des Kampfes weit auseinander.



Text des Silvestermanifestes:

SCHÜLER, LEHRLINGE, JUNGARBEITER,

Seit vier Jahren kämpfen wir für ein Autonomes Jugendzentrum, weil wir das Recht beanspruchen, unsere Freizeit nach unseren eigenen Bedürfnissen und Interessen zu gestalten. Wir beanspruchen das Recht auf einen Ort, wo wir uns ohne Konsumzwang und ohne Vorschriften von oben treffen können, wo wir in der Diskussion mit unseresgleichen unsere Bedürfnisse erkennen und formulieren können, wo wir uns solidarisieren können.

Wir Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter sind die Beschissenen in dieser Gesellschaft, in der wir mit allen Mitteln zu fleissigen und genügsamen Arbeitstieren abgerichtet werden. Deshalb kämpfen wir für die Autonomie der Jugend und gegen Erziehungsterror, Konsumzwang und Manipulation in der Freizeit.

In den Schulen werden wir aufgeteilt in Begabte und Unbegabte, in Fleissige und Faule, in qualifizierte Arbeiter und nicht-qualifizierte Arbeiter. Die Schule ist ein Werkzeug der Bonzen, um uns zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Deshalb kämpfen wir für die Einheit der Arbeiterjugend und gegen die Lernfabrik.

In den Fabriken sind wir eingesperrt wie in einem Gefängnis. Wir sind dazu verurteilt, lebenslänglich für die Kapitalisten zu schuften, bis der Arbeitsstress uns kaputtgemacht hat. Deshalb kämpfen wir mit allen Arbeitern für die Arbeiterinteressen und gegen die Interessen der Kapitalisten.

Wir sagen nein zu dieser Gesellschaft, in der wir alles für die Bonzen machen müssen. Wir wissen, dass ein Autonomes Jugendzentrum, in dem wir uns organisieren und organisiert für unsere Interessen kämpfen können, sich gegen die Interessen der Bonzen und ihrer Behörden richtet. Wir wissen, dass es überall dieselben sind, die uns unterdrücken, sei es in unserem Kampf ums AJZ, in der Schule oder in der Fabrik. Wir wissen, dass unser Kampf für ein AJZ aussichtslos ist, wenn er nicht mit dem Kampf aller Schüler, Lehrlinge und der ganzen Arbeiterschaft für unsere gemeinsamen Interessen in den Schulen und Betrieben verbunden ist.

WIR PRODUZIEREN ALLES, DESHALB GEHÖRT UNS ALLES, DER GANZE REICHTUM UND DIE GANZE FREIHEIT DIESER GESELLSCHAFT. NEHMEN WIR UNS, WAS UNS GEHÖRT!

# AUTONOMER KAMPF

Stellungnahme zur 6. VV  
(Flugblatt)

Genossen,

die bisherigen Kämpfe ums Drahtschmidli haben unsere Bewegung bedeutend gestärkt, das beweisen die Demonstration vom vorletzten Samstag, aber auch die Massenverhaftungen, mit denen die Polizei selbst die kämpferische Solidarität der Zürcher Jugend unter Beweis stellen musste. Kein Gegeifer der faschistischen NZZ kann diese machtvolle Demonstration unserer Einheit und Geschlossenheit aus der Welt schaffen.

Die organisatorischen Waffen, die wir uns gegeben haben (Komitee und Propagandatrups), haben bisher eine minimale politische Absicherung unserer Aktionen gewährleistet und eine weitergehende Isolierung der Bewegung verhindern können. Aber die Fortsetzung des bisherigen Konfrontationskurses würde zwangsläufig zu einer beschleunigten Militarisierung der Bewegung führen, die politisch nicht mehr abgedeckt werden könnte und deshalb die Avantgarden verheizen würde.

WIR MÜSSEN EINE NEUE TAKTIK ENTWICKELN, DIE DEN GEGNER DORT TRIFFT, WO ER UNVORBEREITET UND SCHWACH IST, NICHT WO ER UNS 300 POLIZISTEN ENTGEGENSTELLEN KANN!

Aus den gemachten Erfahrungen heraus müssen wir nicht nur neue Kampfformen, sondern auch neue Kampfinhalte entwickeln. Die Demonstration vom vorletzten Samstag hat deutlich gezeigt, dass die Bewegung die Grenzen der AJZ-Thematik zu überschreiten beginnt. Die Aktionen, die Propagandaarbeit, die Konfrontationen haben die Bewegung politisiert. Das massive Eingreifen der Polizei hat den Stadtrat als unseren direkten Gegner sichtbar gemacht - wir werden uns nicht mehr mit vorgeschobenen Gartenzwergen à la Amberg abwimmeln lassen!

DIE SCHON HEUTE SICHTBAR WERDENDEN TENDENZEN ZU EINER GENERALISIERUNG UND RADIKALISIERUNG DER KAMPFINHALTE MÜSSEN UNTERSTÜTZT UND VORANGETRIEBEN WERDEN. EINE NEUE PHASE DER BEWEGUNG MUSS EINGELEITET WERDEN.

Unsere nächsten Kämpfe werden nach wie vor unter der Aneignungsparole stehen. Es gilt jedoch, die Zielsetzungen zu verallgemeinern und damit die Möglichkeit zu schaffen, die Kämpfe auszuweiten. Wir schlagen deshalb vor, ein Manifest zu verabschieden, das das heutige Selbstverständnis der Bewegung ausdrückt und sie als politischen Bezugspunkt einer tendenziell antikapitalistischen proletarischen Jugend formuliert. Wir betrachten es als das Hauptziel der Silvesterfeier, dieses Manifest zu diskutieren und zu bereinigen.

Die Generalisierung und Ausweitung der Kämpfe muss auch organisatorisch ermöglicht werden. Die bisherigen Organe der Bewegung (Komitee, Propagandatrups) müssen den neuen Kampfbedingungen angepasst werden.

Die PROPAGANDATRUPPS sind die hauptsächlichen Träger der nächsten Phase. Sie haben die praktische Ausweitung der Bewegung zu leisten. Es gilt, Stützpunkte in den Freizeitanlagen, in den Schulen und Betrieben zu schaffen, eine breite propagandistische Initiative zu entfalten, Interventionsmöglichkeiten zu erschliessen - kurz: als Bewegung aufzutreten, die imstande ist, die Interessen der Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter auszudrücken und durchzusetzen. Das Silvestermanifest soll ihnen den politischen Bezugspunkt für ihre eigene Initiative geben.

Das KOMITEE muss die Koordination der Propagandatrups gewährleisten, sowie zentrale Aktionen entwickeln und realisieren können. Die VOLLVERSAMMLUNG bleibt weiterhin oberstes Kontrollorgan und Ort der politischen Diskussion.

Genossen, seit 1968 steht die Revolution für die Arbeiter in Europa wieder auf der Tagesordnung. Machen wir unsere Bewegung zur Avantgarde dieses Kampfes! WIR PRODUZIEREN ALLES, UNS GEHÖRT ALLES, DER GANZE REICHTUM UND DIE GANZE FREIHEIT DIESER GESELLSCHAFT. NEHMEN WIR UNS, WAS UNS GEHÖRT! AUTONOMER KAMPF!

- 17.1.73 7. Vollversammlung im Volkshaus, Weisser Saal. Der Stadtrat, der mit einem offenen Brief aufgefordert wurde, einen Vertreter zu schicken, um über unsere Forderungen und über den Rückzug der Strafanträge zu verhandeln, erscheint nicht. Das bedeutet das endgültige Ende dieser ersten Konfrontationsphase.
- Die Widersprüche im Komitee haben sich verschärft und werden an dieser VV zum offenen Konflikt. Er entzündet sich hauptsächlich an der Frage nach der Organisatorischen und agitatorischen Weiterführung der Propagandatrupps, sowie an der Diskussion über die weiteren Aktionsmöglichkeiten der Zentralbewegung.
- Die Bildung der Propagandatrupps wurde für einige noch aus der Bunkerbewegung vorhandenen Basisgruppen zu einem willkommenen und teilweise auch nötigen Praxisfeld (BG 4/5, 9, 11/12). Weitere Trupps wurden direkt von den beteiligten Organisationen gegründet (AK, Rote Steine). Nur ein einziger, der Mittelschüler-Trupp, bildete sich anhand der spezifischen AJZ-Thematik aus teilweise neuen Leuten. Den Kern dieser Propagandatrupps bildeten also in fast allen Fällen die organisierten Avantgarden, die auch bereits über eine längere gemeinsame Zusammenarbeit verfügten.
- Es gelang nur in Einzelfällen, weitere Jugendliche in die Propagandatrupps zu integrieren und ihnen die nötige politische Perspektive zu vermitteln. Einzige Aufgabe der Trupps blieb die Propagierung des zentralen Kampfes für ein AJZ. Diese routinemässige und mit der Zeit auch aufreibende Arbeit führte unweigerlich zu einer entsprechend largen und unverbindlichen Organisation. Neu erfasste Leute fanden nicht den nötigen Halt für eine politische Weiterentwicklung. Die Propagandatrupps waren nicht in der Lage, anhand ihrer AJZ-beschränkten Propaganda weitere Jugendliche verbindlich zu organisieren und damit die Bewegung organisatorisch und personell zu verbreitern.
- Aber die Propagandatrupps waren trotzdem das einzige organisatorische Gerüst der AJZ-Bewegung, die somit politisch fast ausschliesslich getragen wurde durch

die Zusammenarbeit zwischen den 4 Organisationen (Maulwurf-RML, RAZ, AK, Rote Steine), die auch die politische Diskussion im Komitee bestimmten, das seine anfänglich rein administrativen Aufgaben längst ausgeweitet hatte und zum Treffpunkt der unorganisierten, vor allem aber der organisierten Avantgarden im Kampf um das AJZ geworden war. Es war wieder einmal nicht gelungen, die Vollversammlung zur autonomen und politisch verantwortlichen Instanz der Bewegung zu machen.

Der politische Widerspruch im Komitee verlief hauptsächlich zwischen dem Maulwurf einerseits, der RAZ, dem AK und den RSt andererseits. Die Maulwürfe verstanden die Forderung nach dem AJZ ausschliesslich als zweckgebunden; Zielsetzung der Kämpfe war für sie nicht die Erweiterung der Autonomie der Bewegung, sondern lediglich der Wunsch, ein Jugendhaus zu kriegen, in dem die "Revolutionäre" dann agitieren könnten. Deshalb lehnten sie eine Propaganda ab, welche das AJZ als beispielhaften Ausdruck der klassenmässigen proletarischen Bedürfnisse behandelte und waren nicht imstande, die Jugendbewegung anders als funktional zu behandeln.

Die revolutionären Gruppen dagegen (RAZ, AK, RSt) legten das Hauptgewicht auf die Entwicklung einer proletarischen Jugendbewegung, welche aus den Kämpfen ums AJZ hervorgehen sollte. Die AJZ-Thematik war für sie notwendiger Bezugspunkt für die Agitation in den Quartieren mit den Zielinhalten der proletarischen Autonomie in allen Bereichen.

Ein erst später auftauchender Widerspruch zwischen RAZ und AK/RSt war unserer Meinung nach weniger politisch als konkurrenzmassig bedingt. Obwohl die RAZ unserem Standpunkt weder strategisch noch taktisch etwas entgegenzusetzen hatte, taktierte sie - im vergeblichen Bemühen, sich zu profilieren - opportunistisch zwischen Maulwurf und AK/RSt. Durch ein solches Taktieren der RAZ mit der RML scheiterte denn auch in der 7. VV der Antrag der AK und der RSt, das Silvestermanifest zur verbindlichen Grundlage der weiteren Propagandatätigkeit zu machen.

# ★ AUTONOMER KAMPF ★

Stellungnahme zur 7. VV (Flugblatt)

Die letzte Vollversammlung hat das Silvestermanifest als Grundlage unserer weiteren Propagandaarbeit verabschiedet. Was bedeutet dieser Schritt für uns?

Er bedeutet, dass wir uns als politische Bewegung verstehen. Wir sind nicht mehr lediglich "diejenigen, welche ein AJZ wollen" - aus irgendwelchen Gründen, die kaum je formuliert worden sind. Sondern wir sind die Lehrlinge, Schüler und Jungarbeiter, die für die Einheit der Arbeiterjugend und für die Arbeiterautonomie den Kampf aufgenommen haben. Wir haben erkannt, dass unser Bedürfnis nach Unabhängigkeit in der Freizeit nicht unser einziges Interesse ist, sondern dass wir ebenso in der Schule und im Betrieb unser Bedürfnis nach Autonomie organisieren wollen.

Wir alle sind Arbeiter, wir alle haben die gleichen Interessen. Wir alle wollen MEHR LOHN, weil unser ganzes Leben in dieser Gesellschaft davon abhängt, wieviel wir verdienen. Wir alle wollen WENIGER ARBEIT, weil der Zwang, für unseren Lebensunterhalt arbeiten zu müssen, unmittelbar die Grenze unserer Freiheit ist. Das heisst, dass wir alle den gleichen Feind haben und dass es für uns alle nur den einen gleichen Weg gibt, uns zu befreien: die EINHEIT UND SOLIDARITÄT ALLER ARBEITER gegen das Kapitalistenpack und seine Handlanger, das seine Macht und seinen Reichtum auf unserer Ohnmacht und Ausbeutung aufbaut, das seine Freiheit auf Kosten unserer Freiheit geniesst.

Auf diesem Weg der Befreiung bedeutet das AJZ für uns eine erste Forderung und ein erstes Mittel, um uns ~~zu~~ vereinheitlichen und organisieren zu können. Deshalb müssen wir den Kampf ums AJZ verstärken, d.h. wir werden den Kampf ums Drahtschmidli nicht mehr ausschliesslich im Drahtschmidli führen, sondern mit allen Mitteln einer Massenbewegung im Stadthaus, in den Bonzenhotels, in den Liegenschaften der Spekulanten, in Sigi Widmers Wohnzimmer.

Unser Kampf geht aber noch viel weiter und tiefer als um unsere Freizeit, die uns die Kapitalisten nach der Schufferei im Stollen noch übriglassen. Unsere Forderung und unser Kampf geht um die Autonomie in allen Bereichen des Lebens. WIR NEHMEN UNS ÜBERALL, WAS UNS GEHÖRT. UND WIR NEHMEN UNS ALLES, WAS UNS GEHÖRT.

Viele von uns sehen noch keine Möglichkeit, wie sie in der Schule und am Arbeitsplatz den autonomen Kampf organisieren können. Wir wollen deshalb unsere bisherigen Erfahrungen zur Diskussion stellen.

Wir haben uns in Schüler-, Lehrlings- und Jungarbeiterkomitees organisiert, weil wir der Ansicht sind, dass die behelfsmässigen Propagandatrupps der ersten Zeit den langfristigen Anforderungen der Bewegung nicht genügen. Denn es geht für uns nicht darum, lediglich zweimal die Woche die Flugblätter des AJZ-Komitees zu verteilen, sondern wir wollen selbst die Bedingungen und Möglichkeiten unseres Kampfes diskutieren, unsere praktischen Schritte festlegen und in der Vollversammlung zur Sprache bringen.

Wir sind der Ansicht, dass wir nur dann eine Bewegung der Jugend, also der Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter Zürichs werden können, wenn wir auch als Schüler, Lehrlinge, Jungarbeiter etwas zu sagen haben. Deshalb verbinden wir die Propaganda für ein AJZ mit der Agitation in Schule und Betrieb (in der Freizeit die Bullen - in der Schule die Lehrer). Wo uns ein Lehrer beim Flugblattverteilen behindern will, da antworten wir mit einer neuen gezielten Flugblattaktion gegen diesen Lehrer und mit der Organisierung der Schüler in dieser Schule.

Eine solche Kampfform kann nicht mehr das AJZ-Komitee organisieren und durchführen. Die Vollversammlung kann nur allgemeine Richtlinien geben. Deshalb muss das Lehrlings- und Jungarbeiterkomitee, der eigentliche Träger dieser Politik, sich verbindlicher organisieren als ein Propagandatrupp. Wir machen das so:

Jedes Lehrlings- und Jungarbeiterkomitee organisiert einen wöchentlichen Treffpunkt im Quartier (Freizeitanlage, Spunten etc), wo interessierte Jugendliche sich informieren, mit uns diskutieren und schliesslich in die praktische Arbeit einsteigen können. Das Komitee selbst aber trifft sich geschlossen, um die Arbeit diszipliniert und unter den nötigen Sicherheitsbedingungen organisieren zu können. Denn das Komitee muss auch unter verschärften Bedingungen noch arbeitsfähig sein. Deshalb haben wir uns verbindlich und arbeitsteilig organisiert, d.h. im eigentlichen Komitee gibt es keine Passivmitglieder, sondern jeder übernimmt seinen Teil an der praktischen Arbeit. Geschlossen läuft auch die technische und politische Koordination mit den anderen Komitees.

Wir sind der Meinung, dass jedes Komitee in allen Bereichen intervenieren muss. Wir wollen nicht eine Reihe von isolierten Basisgruppen, die nicht über ihr unmittelbares Praxisfeld hinaussehen und deshalb ständig auf eine übergeordnete Führung angewiesen sind, die allein den politischen Ueberblick hat. Denn sozialistische Politik heisst für uns, die Autonomie der Massen anwachsen zu lassen, ihre Fähigkeit zu entwickeln, sich selbst zu organisieren und zu führen und aus ihren eigenen Kämpfen zu lernen.

Aus diesen Gründen stellen wir an die Vollversammlung vom 17. Jan. den Antrag:

- 1) das Silvestermanifest als verbindliche Grundlage für die weitere Propagandaarbeit der autonomen Bewegung zu bestimmen, und
- 2) die Propagandatrups zu ermächtigen, sich autonom so zu organisieren, dass die im Manifest aufgeführten Kampfinhalte in praktische Kämpfe umgesetzt werden können.

Lehrlings- und Jungarbeiterkomitee  
Oerlikon-Seebach

Lehrlings- und Jungarbeiterkomitee  
Heuried

Lehrlings- und Jungarbeiterkomitee  
Schlieren

3.2.73 5. Gratiseintritt im Drahtschmidli. Ca 100 Jugendliche stürmen nach einer Abstimmung, an der auch die bereits im Saal befindlichen Zahlungswilligen teilnahmen, den Saal. Nach dem Ultimatum Ambergs um 10.00 Uhr wird das Fest freiwillig abgebrochen, da man keinen weiteren Polizeieinsatz riskieren will.

Die Stellungnahmen der 4 Organisationen zu und an dieser Aktion:

Der Maulwurf erklärt die Bewegung "als solche" rundwegs für "nicht mehr vorhanden". Bereits während den Vorbereitungen der Aktion weigerte er sich, das Komitee-Flugblatt zu verteilen und weitere Jugendliche für die Samstagabend-Aktion zu mobilisieren. Dafür verteilen seine Anhänger vor dem Drahtschmidli ein Flugblatt gegen die "Spontaneisten" mit ihrem "blinden Aktionismus". Anstelle der Aktion wollen die "Revolutionäre" von nun an Eintritt bezahlen und im Drahtschmidli legal agitieren. Natürlich sei es "lässiger, eine Aktion zu lancieren, als nach Hause zu gehen und einen längerfristigen Kampf zu planen". Die Maulwürfe erklären tapfer, sie würden den Kampf ums AJZ weiterführen und ziehen sich auf einen Beobachtungsposten auf der gegenüberliegenden Treppe zurück.

Die RAZ unterstützt die Aktion, obwohl auch für sie die Bewegung als "real kämpfende" nicht mehr vorhanden ist. Weitere Aktionen, wie der AK sie vorschlägt, hält sie allerdings nicht mehr für möglich. Als Kampfallernative propagiert die RAZ schlicht sich selbst, allerdings ohne sagbaren Grund.

Der AK und die Roten Steine halten die Zürcher Bewegung für jederzeit reaktualisierbar. Es geht darum, die geeigneten Kampfformen für eine Zentralbewegung zu entwickeln.

AUTONOMER KAMPF: GRUNDSÄTZLICHE UND ENDGÜLTIGE ERKLÄRUNG ZUR  
BEWEGUNG AN DIE GENOSSEN IM KOMITEE

---

In den letzten vier Jahren überraschte die Zürcher Jugendbewegung immer wieder durch ihre Präsenz, durch ihre Aggression gegen die Institutionen, welche sie auch zu direkten Aktionen führte. Sie überraschte weiter durch ihre grosse Fähigkeit, sich um die Kampfparole für das "Autonome Jugendzentrum" zu mobilisieren.

Ein anderes Merkmal der Jugendbewegung war deren Unfähigkeit, sich in den Ausbildungsstätten (Mittel- und Gewerbeschulen) und Arbeitsplätzen zu organisieren. Sicher hat die Tendenz, eine Alternative in der Freizeitgestaltung zu suchen, diese Unfähigkeit verstärkt.

Man darf sich keine Illusionen darüber machen, dass all diese Schwierigkeiten mit einer "weiterführenden Diskussion" überwunden werden können, wenn nicht gleichzeitig die Fähigkeit besteht, eine neue organisatorische Praxis aufzubauen.

Arbeitsverweigerung und Aneignung

Wir wollen unter den Jungen das Programm der Arbeitsverweigerung propagieren. Wir sind gegen die Arbeit, weil sie heute praktischer Ausdruck des Privatbesitzes ist, d.h. der Privatbesitz und das Kapital sind immer mehr Ausdruck des Zwangs zur Arbeit.

Die Arbeitsverweigerung - nicht mehr individualistisch, sondern Entschluss der Massen - ist unter den Jungen schon weit verbreitet; das meint all diejenigen, welche die Schule und Lehre ablehnen, die sich in den Erziehungsheimen auflehnen, die Vorstellung einer regelmässigen Arbeit verwerfen, diejenigen welche auf der Suche nach alternativen Lebensformen sind - die "schlecht Angepassten", die "Asozialen".

Die Aufgabe der Jugendbewegung ist es, dieses spontane Verhalten in einen organisierten Widerstand gegen die kapitalistische Gesellschaft umzusetzen: wohlwissend, dass das Programm der Arbeitsverweigerung die verschiedenen Schichten der Klasse untereinander verbindet: Lehrlinge, Studenten, Arbeiter, Fremdarbeiter ... bis hin zu den Hausfrauen.

Den Widerstand organisieren heisst für uns günstigere Machtverhältnisse zu schaffen, heisst uns zu organisieren, um uns zu nehmen was uns gehört. Das Ziel der "Machtergreifung" muss in jeder unserer Aktionen vorhanden sein und darf nicht in die Zukunft – auf den Tag verschoben werden, an dem das Proletariat erwachen und Europa rot sein wird. Das Ziel der "Machtergreifung" ist vorhanden in unseren Aktionen, in denen wir uns organisieren: nicht um die Dinge zu verlangen, sondern um sie uns zu nehmen.

Aneignen was uns gehört heisst fähig sein, den Kampf zu organisieren, und zwar den tagtäglichen wie den langfristigen Kampf. "Der Kommunismus ist die reale Bewegung, welche den gegenwärtigen Zustand (status quo) verändert ..." und das ist unser Problem.

#### Jugendbewegung und Intervention in den Quartieren

Wir müssen immer vom bereits vorhandenen ausgehen. Und in der Jugendbewegung ist ein militantes, nicht organisiertes Potential vorhanden. Nicht organisiert, nicht weil dieses Potential nicht in irgend einer politischen Gruppe "aufgefangen" wäre oder weil es allgemein nicht politisiert wäre. Sondern deshalb, weil es nicht direkt in eine kontinuierliche Arbeit eingegliedert ist.

Von der Fähigkeit, dieses militante Potential zu organisieren, hängt unserer Meinung nach das Schicksal der Jugendbewegung ab.

Die Organisation dieses militanten Potentials kann und darf nicht nur innerhalb des Kampfes um ein Autonomes Jugendzentrum geschehen, auch wenn von dorther wichtige Impulse und Anregungen kommen und wichtige Richtlinien ausgehen müssen.

Die Organisation kann weiterhin nicht nur vom Kampf um das AJZ ausgehen, da Versammlungen und Manifestationen nur Teilmomente der Organisation sind, die den Willen zur Auflehnung ausdrücken.

Von der Zentralbewegung können wichtige Impulse und Anregungen kommen und Richtlinien (Hinweise) ausgehen, weil hier überall der anti-institutionelle und Massencharakter, den die Bewegung bis heute aufrechterhalten konnte, vorgezogen und propagiert wird; weil man allen den Hinweis gibt, sich in den Quartieren zu organisieren; weil in den Schulen und Fabriken die Kampfparole "werde Propagandist, werde Organisator" aufgestellt wird. Also: die Widersetzung propagieren, den Widerstand organisieren, Propagandist des Widerstands werden und das in der Schule, in der

Fabrik, im Quartier - in der ganzen Stadt.

Vom organisatorischen Standpunkt her gesehen erfordert dies die Bildung von Quartierkollektiven - von politischen Komitees. Was ist ein Komitee, welche Rolle kommt ihm innerhalb des Quartiers zu?

Das Komitee ist eine Gruppe von militanten Mitgliedern, welche sich das komplexe Problem der internen Organisation der Quartiere stellt. Dabei wird versucht, das Kampfprogramm der Arbeitsverweigerung und der Aneignung in die Quartiere zu tragen, es wird versucht, die Jugendlichen zu organisieren und den täglichen Kampf am Arbeitsplatz und in den Schulen voranzutreiben.

Es geht also darum, der "Auflehnung der Jugendlichen", die sich im Kampf um das Autonome Jugendzentrum ausdrückt, eine tägliche organisatorische Kontinuität zu geben. Das Komitee muss fähig sein, Kämpfe der verschiedenen Sektoren (Lehrlinge, Schüler, Frauen, Fremdarbeiter etc) zu organisieren, gleichzeitig aber diese Kämpfe in den komplexen Kampf gegen die Institutionen zu integrieren.

Das Komitee trifft sich regelmässig, bestimmt die Interventionsfristen im Quartier, stellt sich direkt das Problem der Organisation der verschiedenen sektorialen Kämpfe. Es diskutiert und entscheidet über die anzuwendenden Propagandamethoden (Filme, Flugblätter, Manifestationen, Teach-ins ...). Die Aufgabe des Komitees ist es aber auch, den Rahmen der Propagandafunktion zu sprengen, um zum Bezugs- und Zentralisationspunkt des Quartierkampfes zu werden. Die Quartierarbeit verlangt ein Minimum an Kenntnissen über die Situation in den verschiedenen Sektoren, d.h. zum Beispiel Angaben über die Schulen und Betriebe, über die Bevölkerungsverteilung etc. Die Quartierarbeit hat nicht einen Alternativcharakter zur Jugendbewegung. Sondern ihre Aufgabe ist es, zu zeigen, dass ein Autonomes Jugendzentrum nur durch die Organisation am Arbeitsplatz, in der Schule und im Quartier zu einem Organisationsmittel für den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft werden kann.

# Zum Aufbau der Lehrlingskomitees

Hier soll versucht werden, die bisherigen Erfahrungen der Lehrlingsarbeit zusammenzufassen und den in den Arbeitsdokumenten 3 beschriebenen Entwurf zu konkretisieren. Ausgangspunkt ist für uns die Jugendbewegung um das Drahtschmidli einerseits, das Projekt einer aus den bisherigen Ansätzen um die Pensionskasse fortzuentwickelnden Betriebsbewegung andererseits.

## 1. DAS VERHÄLTNIS ZUR DRAHTSCHMIDLI-BEWEGUNG

Wenn es die Aufgabe der Avantgarden ist, die Kämpfe des Proletariats zu generalisieren und auszuweiten, so stellt sie sich heute konkret als die Aufgabe, der Jugendbewegung neue Zielinhalte, neue Organisationsmöglichkeiten, neue Praxisfelder zu erschliessen. Während die Forderung nach einem AJZ dem spontan zum Ausdruck kommenden Bedürfnis der proletarischen Jugend entspricht, muss die Aufgabe, dem jungen Arbeiter seine gesellschaftliche Lage von seiner Stellung im Produktionsprozess her begreiflich zu machen, von den organisierten Avantgarden geleistet werden. Denn es ist heute, wo ein organisatorischer Bezugspunkt im Betrieb - eine formierte Arbeiterbewegung noch fehlt, nicht zu erwarten, dass ein solches Bewusstsein sich aus den Kämpfen im Freizeitbereich spontan entwickelt.

Vielmehr können die Mobilisierungsmöglichkeiten, die sich aus der Aktualität der Jugendhausfrage ergeben, nur dann organisatorisch umgesetzt werden, wenn es den Avantgarden gelingt, ein Praxisfeld zu eröffnen, das die mobilisierten Lehrlinge und Jungarbeiter in eine längerfristige Perspektive einbeziehen kann.

Diese Praxis kann - im Gegensatz zur Drahtschmidlibewegung - das Jungproletariat nicht von seinen spontanen Bedürfnissen her erfassen, sondern kann nur aufgrund einer vorgängig geleisteten Politisierung entwickelt werden. Insofern handelt es sich um eine höhere Stufe der Lehrlings- und Jungarbeiterbewegung, die sich auf die ersten kurzfristigen organisatorischen Erfahrungen innerhalb der gelaufenen Massenbewegungen bezieht.

Nach wie vor besteht für den Lehrling und Jungarbeiter wenig Chance in der Fabrik, sich organisatorischen Rückhalt zu verschaffen. Hier wie ausserhalb müssen die vorhandenen Ansätze ausgebaut werden. Die vorhandenen Organisations- und Aktionsmöglichkeiten beschränken sich aber nicht auf das blosses Mitmachen in einer Massenbewegung. Wie die bisherigen Erfahrungen (Bunker, Hydra, Heimkampagne) gezeigt haben, gibt es im sozialen Bereich noch genügend Spielraum für Aneignungskämpfe: Kampf um die Reproduktionsbedingungen (Mieterkampf, Treffpunkte), Kampf gegen die Selektion (Schulen) etc. - Kämpfe, die immer direkter verbunden werden müssen mit den Kämpfen im Betrieb für mehr Lohn und weniger Arbeit.

## 2. ORGANISATION IN POLITISCHEN KOMITEES

Die bisherige Praxis hat durchwegs gezeigt, dass die vorhandenen Quartiergruppen nicht in der Lage waren, eine einheitliche, autonome Praxis zu entwickeln. Das ist kein Zufall. Denn die Selbstorganisation der Massen in Basisgruppen ist noch Bestandteil eines spontanen Prozesses, in dem die Massenbewegung sich formiert.

Eine Bewegung kommt zustande aufgrund der Bedürfnisse und Interessen einer bestimmten sozialen Schicht, die sich in einem gemeinsamen Kampf um gemeinsame Forderungen artikuliert. Es kann sich dabei noch nicht um eigentlich politische Zielsetzungen handeln, die das Problem der Macht in sich beinhalten müssen. Solche Zielsetzungen entwickeln sich erst aus der Praxis der Avantgarden.

Weil die Leute sich aus den Interessen der Massenbewegung heraus organisieren, fehlt ein politischer Bezugspunkt, der eine längerfristige Praxis ermöglichen könnte. Die Situation wird sich immer wieder so darstellen, dass 30 Leute aufgrund vager Kommunikations- und Oppositionsbedürfnisse sich in einer Basisgruppe formieren und dann monatelang ihre Praxismöglichkeiten diskutieren müssen. Im Verlauf dieser Entwicklung überschreitet dann ein Grossteil der Leute ihre Frustrationstoleranz und fällt aus.

Die organisatorische Alternative bietet ein Lehrlings- und Jungarbeiterkomitee, das von Anfang an eine politische Perspek-

# AUTONOMER KAMPF

Nehmen wir, was uns gehört!



## Lehrlinge, Jungarbeiter,

Wir sind Fremde in dieser Gesellschaft, in der wir alles für die Bonzen machen müssen. In den Fabriken und Schulen verblöden wir. Wir sind dauernd kontrolliert und zur Leistung angetrieben. Wir sind unfrei.

## Organisieren wir unsere Unzufriedenheit!

Es gibt keine Partei, die unsere Interessen vertritt. Wir müssen uns selber wehren.

### Gegen die Arbeit

nehmen wir den Kampf auf mit den Arbeitern für mehr Lohn und weniger Arbeit. Wir wollen einen existenzsichernden garantierten Lohn, der uns von zuhause unabhängig macht, kürzere Arbeitszeiten und mehr Ferien.

### Gegen die Schule

organisieren wir uns zur Verweigerung von Prüfungen und sonstigem Leistungszwang. Wir sind alle gleich begabt, ausser dass einige besonders begabt sind, den Lehrern und Meistern in den Arsch zu kriechen.

WIR PRODUZIEREN ALLES, UNS GEHÖRT ALLES, DER GANZE REICHTUM UND DIE GANZE FREIHEIT DIESER GESELLSCHAFT. NEHMEN WIR UNS, WAS UNS GEHÖRT!

tive ausdrückt und aufgrund dieser Perspektive neue Leute verbindlich und arbeitsteilig erfassen kann. Es gilt heute, diese Bedingungen zu schaffen, organisatorische Kerne zu bilden, welche die ersten Quartieranalysen ausarbeiten (Treffpunkte, Möglichkeiten der Agitation in Quartier und Betrieben), erste Kontakte anknüpfen und die ersten Schritte entwerfen.

### 3. DAS VERHÄLTNIS ZUR BETRIEBSBEWEGUNG

Es ist unsere Zielsetzung, durch den Lehrlingskampf in die politische Neuzusammensetzung der Klasse einzugreifen. Der Lehrling ist der zukünftige Massenarbeiter, gekennzeichnet durch eine radikale Einebnung der Bedürfnisse und der realen Interessen, sowie durch die erweiterte Mobilität bzgl. seiner Verwendbarkeit im Betrieb, aber auch seiner Verschiebbarkeit zwischen den Industriezentren. Im Kampf um die politische Kontrolle über den Restrukturierungsprozess geht es darum, diesen neuen Arbeitertypus politisch zu formulieren, "Vermassung" als Vereinheitlichung und spontane Solidarität erfahrbar zu machen, Mobilität als Erweiterung des Spielraums zu begreifen und die darin enthaltenen desintegrierenden Momente aufzugreifen und zu entwickeln. Diese sind beim Lehrling und Jungarbeiter: neue Konsumbedürfnisse, Antiautorität, Ablehnung der Leistungsgesellschaft, Auflehnung gegen den Arbeitszwang.

Die Autonomie der Lehrlinge und Jungarbeiter wird freilich inhaltslos jenen Ansätzen einer Betriebsbewegung gegenüber, die sich ebenfalls auf den Massenarbeiter beziehen. Wo die Arbeiter sich vom Arbeitsplatz her organisieren, werden die Lehrlinge nicht eine "zweite" Betriebsfront aufbauen, sondern sich mit dem Kampf der Belegschaft auch organisatorisch vereinigen. Wo ein solcher Bezugspunkt innerhalb des Betriebes noch fehlt, werden die Lehrlinge organisatorische Bezugspunkte ausserhalb der Betriebssituation umso nötiger haben, als ihr Spielraum im Betrieb begrenzter ist, als derjenige der Arbeiterschaft. Grösser ist der Spielraum der Lehrlinge im Freizeitbereich, auf Quartier- und Stadtebene, wo sie sich massenhaft versammeln und der Kontrolle von Eltern und Arbeitgeber entziehen können. Es gilt also, Organisationsformen zu

schaffen, die es dem Lehrling erlauben, für seine Interessen als Jugendlicher im sozialen Bereich zu kämpfen, ohne dass sich dieser Kampf vom Betriebsbereich isoliert und den Bezug zur Klassensituation verliert. Dies zu garantieren ist die Funktion des politischen Komitees, das in verschiedenen Bereichen intervenieren kann und stets die politische Vermittlung zum Betrieb leistet, die vorhandenen Aneignungskämpfe verallgemeinert und ausweitet und die Lehrlinge zum politischen Subjekt der zukünftigen Klassenkämpfe werden lässt.

#### 4. POLITISCHE KOMITEES UND ARBEITERMACHT

"Jeder noch so korrekte Ansatz zur Aufhebung der Trennung von politischem und ökonomischem Kampf in Gestalt des unmittelbaren Angriffs gegen das kapitalistische Lohnsystem würde fragmentarisch bleiben und hinter die umfassende Totalität des Kapitals zurückfallen, wenn es nicht gelingt, die dadurch gesetzte Zersplitterung der sozialen Existenz des Proletariats in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aufzuheben." (PF, Aktionsprogramm). Die zusammenhangslos auseinanderklaffenden Existenzformen des Arbeiters - als ausgebeutete Ware Arbeitskraft am Arbeitsplatz, als durchgehend kontrollierte und reglementierte Masse in den "Schlafstädten", als versachlichtes Transportgut zwischen Wohnort und Fabrik - können nur dann in einer einheitlichen Perspektive zur Veränderung des gesellschaftlichen Ganzen zusammenfallen, wenn eine all diese Lebensbereiche umfassende revolutionäre Praxis diese Perspektive sichtbar macht. Deshalb müssen in erster Linie die regionalen politischen Komitees aufgebaut werden, die die Vereinheitlichung verschiedener Praxisbereiche leisten können.

Die politischen Komitees sind der Ort, wo die verschiedenen Avantgarden sich vereinheitlichen, sich organisieren können. Als Avantgardeorganisation mobilisieren sie einen permanenten Kampf gegen das System in allen gesellschaftlichen Bereichen und sind insofern tendenzielle Machtorgane des Proletariats. Sie schaffen die soziale Basis und die Strukturen für den revolutionären Sprung - Treffpunkte, Basiskomitees, Vollversammlungen - und sind insofern Ausdruck der Autonomie der Klasse.

Nicht die Partei garantiert die führende Rolle der Arbeiterklasse, sondern die politischen Komitees selbst, die sich zu realen Machtfaktoren in den Auseinandersetzungen entwickeln und schliesslich in eine Rätestruktur übergehen. Sie sind die eigentlichen Klassenorganisationen des Proletariats, die den Kampf führen und vorantreiben und seine fortgeschrittensten Momente ausdrücken. Die politischen Komitees sind die Garanten für den Aufbau der Arbeitermacht.

Die Lehrlings- und Jungarbeiterkomitees sind noch nicht die politischen Komitees selbst, weil sie noch nicht die Klassenavantgarde erfassen. Aber sie sind der Hebel, mit dem wir die Klassenavantgarde in der Schweiz vereinheitlichen werden.

Die Situation in der Schweiz ist dadurch gekennzeichnet, dass zwei proletarische Avantgarden existieren - einheimische Jungarbeiter und ausländische Arbeiter - die beidseitig isoliert voneinander ihre Kämpfe führen. Die Fremdarbeiter unterliegen dabei nicht nur ungleich härteren Kampfbedingungen, sondern stehen - trotz starken Autonomiebedürfnissen - fast ausschliesslich unter der Kontrolle des italienischen und spanischen Revisionismus, dem wir noch keine organisatorische Alternative entgegenstellen können.

Die Vereinheitlichung der zwei Avantgarden zur Klassenavantgarde in politischen Komitees kann deshalb erst dann praktisch werden, wenn unsere Arbeit mit den einheimischen Lehrlingen und Jungarbeitern politisch und organisatorisch soweit fortgeschritten ist, dass hier für die ausländischen Arbeiter ein genügend starker Rückhalt sichtbar wird.

## 5. ZUM AUFBAU DER KOMITEES

Aus der bisherigen Praxis können einige allgemeine Richtlinien abgeleitet werden:

5.1. Organisation: Es ist wichtig, dass das Komitee seine Arbeit geschlossen und unter den nötigen Sicherheitsbedingungen durchführt. Denn das Komitee muss auch unter verschärften Bedingungen noch arbeitsfähig sein.

5.2 Provisorische Analyse: Erste Kontakte können unter den Avantgarden der Jugendbewegung (Bunker/Drahtschmidli) gefunden werden. Mit Hilfe der ersten Kontakte im Quartier wird eine provisorische Analyse erstellt: Lage und Zusammensetzung der in Frage kommenden Betriebe, Schulen, Lehrlingsheime, Freizeitanlagen, Jugendorganisationen und Freizeitclubs. Ein differenziertes Verteilungsschema für Agitationsmaterial muss aufgestellt werden: die oben angeführten Punkte, dazu Jugendlokale und Treffpunkte, Tramhaltestellen und Bahnhöfe, Einkaufszentren etc. Veranstaltungskalender und Kinoprogramme müssen laufend studiert werden, damit etwaige Interventionen rechtzeitig vorbereitet werden können.

5.3 Aufnahme der Praxis: In Frage kommen

- zentrales grosses Flugblatt/Plakat mit Kontaktadressen, um die Avantgarden zu finden.
- Kleber, Flugblätter, Zeitungen zu allg. Themen, die im Quartier und vor Betrieben verteilt werden können.
- Organisierung eine Jour fixe
- Kleinveranstaltungen über aktuelle Themen der Jugendbewegung: Drahtschmidli, Prozesse etc. Solche Veranstaltungen sollen möglichst in Zusammenarbeit mit bestehenden Jugendclubs organisiert werden, um Kontakte zu kriegen und für Interessierte erste Praxismöglichkeiten zu bieten.
- Organisierung von Weekends etc. Schulungsmöglichkeiten usw.

Aufgrund erweiterter Kontakte können Kampagnen gestartet werden: Betriebe, Schulen, Freizeitanlagen, Lehrlingsheime, Rekrutenschulen etc. Auf diesem Niveau wird eine intensive Zusammenarbeit mit Klassenkampf notwendig sein mit der Zielsetzung, eine einheitliche organisatorische Perspektive für alle Praxisbereiche zu schaffen. Auch muss der Aufbau einer Regionalzeitung ins Auge gefasst werden.

# MAECHT KAPPUTT WAS EUCH KAPPUTT MAECHT



Die Zürcher Jugend kämpft gegen den Z w a n g, der ihr immer mehr auch in der Freizeit auferlegt wird: Konsum, teure Eintritte, teure Hobbies. Deshalb ist eine Jugendbewegung entstanden, die ein Haus zur Selbstverwaltung fordert. Unsere drei Gratis-Feste waren ein Riesenerfolg. Damit unterstrichen wir unsere Forderung: das Jugendhaus der Zürcherjugend!



Die Drahtschmidlileitung, ihr Verein und die Stadt reagierten darauf mit Massenverhaftungen und Polizeiterror. Trotzdem geht die Bewegung weiter. 500 Jugendliche demonstrierten am 16. Dez. für ein autonomes Jugendzentrum, 4000 Jugendliche gaben dafür ihre Unterschrift. Die Zürcher Jugend kämpft weiter um das, was ihr gehört.

## NEHMEN WIR, WAS UNS GEHÖRT!



IN DER FREIZEIT  
DIE BULLEN



IN DER SCHULE  
DIE LEHRER



Dadurch, dass man uns ein Lehrprogramm aufzwingt, das uns nicht interessiert, dass man uns Prüfungen aufzwingt, die uns in Streber und Faulenzer spalten sollen, verhindert man unser Interesse am Lernen und unser selbständiges Denken. Man versucht uns zu willenlosen und "anständigen" Lehrlingen zu machen, die ohne aufzumucken für einen lumpigen Lehrlingslohn das Mädchen für alles im Betrieb spielen müssen.

KÄMPFEN WIR FÜR EIN VON UNS  
GESTALTETES  
LEHRPROGRAMM!!



Wir werden gezwungen, Dinge zu lernen, die uns nicht interessieren  
Wir werden mit Prüfungen und Strafen terrorisiert  
Wir werden in gute und schlechte Schüler gespalten  
Wir machen es nicht mehr mit! Wir können uns wehren!

**VERWEIGERN WIR UNSERE PRÜFUNGEN** 

**WIR KÖNNEN STREIKEN**

**WIR KÖNNEN SABOTIEREN !!** 



**GEGEN ZWANG UND TERROR  
IN SCHULE UND FREIZEIT !!** 



*Eigendruck!*

Lehrlinge- und Schülerkonite Oerlikon/Seebach  
Verantwortlich: F. J. Strauss



## 6. ZUR PRAXIS

Es kann uns nicht mehr darum gehen, die einmal flüchtig mobilisierte Jugend in Basisgruppen zu organisieren, die dann von dieser oder jener Organisation hegemonisiert werden und ihren Flugblattverteiler bilden. Solche "Aufbaukonzepte" wurden durch die Resultate der Bunkerbewegung endgültig erledigt.

Sondern es muss unser Ziel sein, die Autonomie der erfassbaren Jugend kontinuierlich zu vergrößern, d.h. die Mobilisierungsmöglichkeiten im Quartier zu verstärken.

Dies kann nur erreicht werden durch langandauernde und intensive Einzel- und Gruppenagitation, sowie und vor allem durch das direkte Einbeziehen einzelner Lehrlinge und Arbeiter in die Praxis des Komitees. Die Organisation der Avantgarden in den Komitees und im AK setzt eine Verbindlichkeit voraus, die es erst zu entwickeln gilt. Es darf uns also nicht um spektakuläre Anfangserfolge gehen.

## 7. ZUM ARBEITSSTIL

Am Arbeitsstil der Bunkerbewegung hat die HYDRA z.T. berechtigte Kritik geübt. Obwohl es ihr selbst nicht gelungen ist, eine gültige Alternative zu entwickeln, gibt ihre Organisation und Praxis doch wichtige Hinweise.

Der Hydra ist es gelungen, sich als Lehrlingsorganisation bekannt zu machen, einen gewissen Einfluss zu gewinnen und sich einen gewissen Spielraum offen zu halten. Diesen Spielraum hat die Hydra sich eröffnet durch zahlreiche, zum Teil spektakuläre Aktionen v.a. in rückständigen Lehrlingsbetrieben, aber auch im sozialen Bereich (Erlenhof), sowie durch die Schwarzenbach-Kampagne. Trotz guter Anfangserfolge - im Vergleich zum Bunker, der sich nie von seinem negativen "Image" eines Freiraums für Ausgeflippte befreien konnte - müssen wesentliche Positionen der Hydra kritisiert werden:

- V.a. die Beschränkung der Arbeit auf die rückständigen Betriebe. Dadurch wurde die Argumentation tendentiell reformistisch, eine Verankerung unter den Massenarbeitern kam dadurch nicht zustande. Die Arbeit in rückständigen Sektoren braucht den politischen Bezugspunkt der fortgeschrittenen

Bereiche. Ein solcher Bezugspunkt fehlte der Hydra wegen ihrer selbstgewählten und arroganten Isolierung von den Organisationen der Neuen Linken - zu denen sie sich als Alternative verstand.

- Die Beschränkung auf militante Einzelaktionen verhinderte die Formierung einer Bewegung. Da keine kontinuierliche Praxis lief, konnte auch keine Schulung stattfinden. Neue Avantgarden haben sich nicht entwickelt. Diese Verzettelung der Aktivität wurde schliesslich ins Absurde getrieben mit dem völlig in der Luft hängenden Europa-Konzept.

Trotzdem hat die Hydra den politischen Stil der Jugendbewegung exemplarisch verbessert:

- Sie hat verbindlichere und fruchtbarere Organisationsformen entwickelt als die in der Bunkerbewegung praktizierten: kleine, aktive Kerne, Kollektive, die nicht nur die wöchentliche Teilnahme an Massenversammlungen oder Basisgruppen anbieten, sondern Praxismöglichkeiten auf jeder Stufe des Engagements schaffen: Einzelagitation, Zeitungsverkauf etc.
- Die Hydra hat von Anfang an in verschiedenen Interventionsbereichen agiert und somit die Gefahr des blossen Anti- autoritarismus, der sich am Aufhänger eines artikulierten sozialen Bedürfnisses nicht politisch klären konnte, vermieden. Diese Ansätze müssen weiterentwickelt werden.

November 72

# Zwei Avantgarden

ARBEITERJUGEND UND FREMDARBEITER. MATERIALIEN ZUM 1.MAI-PROZESS  
IN WINTERTHUR, JANUAR 73.

---

4.MAI 71

## VOR GESCHWORENEN- GERICHT WINTERTHUR

Was 1968 mit dem "Globus-Krawall" verhindert und 1971 im Lindenhof-Bunker abgeklemmt wurde, findet 1973 seine Neuauflage in der Drahtschmidli-Bewegung. Dazwischen liegt, als Kampftag der Zürcher Arbeiterjugend, der 1.Mai 71.

Erstmals in der Auseinandersetzung um ein nicht nur finanziell längst verfügbares autonomes Jugendzentrum hatte sich die Zürcher Jugend gegen die Repression der Behörden und ihrer Polizei aktiv gewehrt.

Die Verursacher von unzähligen Provokationen und Zusammenstößen spielen sich einmal mehr als Richter auf: dem Bürgertum geht es nicht nur darum, uns an der Entfaltung unserer Bedürfnisse zu hindern; durch gezielte Kriminalisierung sollen wir systematisch von der Arbeiterklasse abgespalten werden. Was sich nicht mehr im Ghetto der "schlecht angepassten Jugend" verstecken lässt, soll auf der Strasse mit Knüppeln und Tränengas zerschlagen werden. Das selbe Ziel verfolgt heute ein 15 Tage dauernder Show-Prozess, der beweisen soll, dass es sich nicht lohnt, gegen die Existenz der herrschenden Klasse zu kämpfen.

Es ist ein gutes Zeichen, wenn uns die Volksfeinde so viel Zeit für ihren Zirkus reserviert haben. Sie haben Angst vor der Selbstorganisation der Werktätigen, weil sie wissen, dass Arbeiter, Mieter, Rentner und Jugendliche ihnen den Kampf angesagt haben.

Wir stellen der mörderischen Brutalität des Systems die gerechte Selbsthilfe der Massen gegenüber. Denn der Mut zur Befreiung kann nicht kleiner sein als die Angst vor der Repression.



Die Angeklagten

STELLUNGSNAHME ZU DEN 1.MAI-PROZESSEN IN WINTERTHUR

Dieser bürgerliche Monster-Prozess kann nur zwei Absichten haben: einerseits die Eliminierung einiger sog. "Drahtzieher", die man ja dringend braucht, weil man ja sonst zugeben müsste, dass ein immer grösserer Teil der Zürcher Arbeiterjugend die Zukunft, die diese Gesellschaft ihnen bietet, nicht mehr akzeptiert.

Andererseits geht es klar um die Einschüchterung derer, die langsam begreifen, dass ihre Interessen, ihre Existenz in diesem Staat und in dieser Gesellschaft einen Dreck wert sind.

In Zürich sind es seit 1968 die Lehrlinge und Jungarbeiter, welche begriffen haben, dass sie sich nicht mehr auf die traditionellen "Arbeiterorganisationen" verlassen können, die schon ihre Väter im Stich gelassen haben, dass sie auf die eigene Kraft bauen, dass sie sich selber organisieren müssen.

Schon auf unsere ersten Forderungen: nach einem Autonomem Jugendzentrum, und auf unsere ersten Organisationsformen: in der Autonomen Republik Bunker hat das Bürgertum mit massiven Repressionen geantwortet. Die Anklage vertrat die Meinung, dass in der Schweiz das Recht auf Meinungsfreiheit und insbesondere auf Verbreitung von oppositionellen Meinungen ganz problemlos gewährleistet sei. Wir zweifeln nicht daran, dass sie ihre Meinung noch immer ungehindert hat verbreiten können. 88% aller politischen Zeitungen der Schweiz AG sind in den Händen der Freisinnigen, der Christlich-Konservativen und der BGB. Zählt man die SP dazu, so ergibt sich ein Zeitungsmonopol der etablierten Parteien von 98% aller Zeitungen.

Bei uns sieht das anders aus. Warum fordern wir ein Autonomes Jugendzentrum? Weil wir nicht in der Lage sind, für jede Veranstaltung 1000 Franken Saalmiete zu bezahlen, weil unsere Treffpunkte und Lokale systematisch geschlossen werden, weil die städtische Behörde mit allen Mitteln versucht, uns den Kontakt untereinander und mit der Bevölkerung zu verunmöglichen - wir erinnern nur an den Shop-ville-Erlass vom Januar/Februar 71 des Zürcher Gemeinderates, nachdem es uns gelungen war, in der Bahnhofpassage in eine tägliche und permanente Diskussion mit der Bevölkerung zu kommen.

Zur Kriminalisierung der linken Opposition werden alle Mittel eingesetzt, von in keiner Weise den Tatsachen verpflichteten massiven Pressekampagnen, traditionell angeführt von der immer faschistisch sich gebärdenden NZZ, über Massenverhaftungen durch einen aufgehetzten und rücksichtslos eingesetzten Polizeiapparat bis zur Einführung der Präventivhaft in Zürich. Die Aufrüstungsstrategie des Bürgertums gegen zukünftige Klassenkämpfe beweist auch die paramilitärische Ausbildung und Ausrüstung der Stadtpolizei. Die Antwort des Bürgertums auf die Globus-Krawalle waren die Wasserwerfer für eine halbe Million Franken und der Aufbau der Bereitschaftspolizei (BRP - mobile Gastrupps mit umgebauten Flammenwerfern). Die Antwort auf die ARB waren der Shop-ville-Erlass und die Einführung der Präventivhaft. Die Antwort auf die Drahtschmidli-Bewegung war die Massenverhaftung von 216 Jugendlichen im Zürcher "Jugendhaus". Dass solche Massnahmen nur Präzedenzfälle sind, zeigen die Legalisierung von Hausdurchsuchungen und Vorbeugehaft auf kantonaler Ebene 1972 in Bern, der nur vorläufig missglückte Aufbau der IMP auf nationaler Ebene und die unter Walder sich unaufhaltsam vollziehende Straffung und Zentralisierung des Bundesanwalt-eigenen Kontroll- und Unterdrückungsapparates.

In diesem Rahmen hat auch der 1.Mai 71 seinen Stellenwert. Die Beweisführung in Winterthur hat trotz aller Absprachen mit aller Deutlichkeit ergeben, dass die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten an der Stampfenbachstrasse durch das befohlene provokative Eingreifen der Polizei ausgelöst wurde, welche demonstrativ eine Demonstration gegen den spanischen Faschismus verhindert hat. Am 1.Mai 1971 hat sich das Bürgertum an der seit der Besetzung der Venedigstrasse stark angewachsenen Zürcher Jugendbewegung gerächt und hat seine Antwort gegeben auf den Bruch des Arbeitsfriedens, der sich in den Fabriken zur gleichen Zeit anbahnte. Das Bürgertum hat damit bewiesen, dass es für seinen "sozialen Frieden" wirklich jeden Preis zu zahlen gewillt ist und dass es ihm auf ein paar verletzte Jugendliche oder Polizisten nicht darauf ankommt.

Der Vorwand, es sei an der Stampfenbachstrasse darum gegangen, Ausschreitungen wie die paar Farbeier am Vorort beim spanischen Konsulat zu verhindern, entlarvt sich in seiner Zynik selbst im Vergleich zu den Auswirkungen, die unmittelbare Folge dieses Ent-

scheids waren. Wir sind der Meinung, dass die tagtägliche Unterdrückung der politischen Meinungsäußerung in der Schweiz ein paar Farbspritzen am Haus der Unternehmer durchaus rechtfertigt. Die Verantwortung fällt auf jene, welche verhindern, dass die Arbeiterinteressen auf legale Weise zu Wort kommen können. Wenn es um Barackenwohnungen oder Betriebsunfälle geht, sind die Unternehmer auch nicht so zimperlich.

Die Arbeiterschaft ist heute gespalten: in Schweizer Arbeiter und Fremdarbeiter, in Männer und Frauen, in Junge und Alte. Ihre Einheit kann nur hergestellt werden in einem Kampf, den sie selber führen und organisieren muss. Die Arbeiterjugend hat diesen Kampf der Arbeiterklasse wieder angefangen. Gewonnen werden kann er nur, wenn wir alle - ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Nationalität - den Mut finden, unser Leben wieder in die eigenen Hände zu nehmen.

Noch sind wir schwach. Viele sind gleichgültig geworden und resigniert. Aber es gibt heute in Zürich eine Bewegung der Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter, welche allen Repressionen standhielt, weil sie im Gegensatz zur traditionellen Arbeiterbewegung die Perspektive einer neuen, kämpferischen Einheit der Arbeiterjugend und einer neuen Solidarität aller Arbeiter und aller unterdrückten Völker wiedergefunden hat.

26.1.73

DER 1. MAI 71 ALS HÖHEPUNKT DER REPRESSION GEGEN DIE  
BUNKERBEWEGUNG

---

7. Januar 71: Der Lindenhof-Bunker, selbstverwaltetes Zentrum der Zürcher Jugend, wird auf Verordnung des Stadtrats geschlossen. Für ihn ist sein "Experiment" gescheitert, weshalb er die Arbeiterjugend Zürichs wieder auf die Strasse setzt. Das Problem der Heimzöglinge und das Rauschgiftproblem, Hauptargumente der Behörden für die Bunkerschliessung, wurden nicht im Bunker geschaffen, sondern sie wurden dort sichtbar. Ansätze zur Selbsthilfe der Jugend - speak out, Heimkampagne - und auch die provisorische Lösung eines auftretenden "Obdachlosenproblems" wurden unter dem Hinweis auf die neu gegründete städtische Notschlafstelle an der Oberdorfstrasse abgeklemmt.
18. Januar: Auf der Suche nach einer neuen Bleibe besetzt die Bunkerjugend das dem Abbruch geweihte ehemalige Restaurant "Grüner Heinrich" am Bellevue. Die Behörden sehen sich auch jetzt nicht veranlasst, in diesem Zusammenhang auf die erneute Forderung nach einem Autonomem Jugendzentrum einzugehen. Der Stadtrat schickt ein weiteres Mal die Polizei als Verhandlungspartner und zur Räumung des Gebäudes.
19. Januar: Die nach der Bunkerschliessung eröffnete Notschlafstelle im Oberdorf erweist sich ebenfalls als "provisorisches Experiment" und als nur scheinbarer Goodwill der Behörden. Am 19.1. scheint die Zeit reif, die letzte Aufenthaltsmöglichkeit für Bunker-Vertriebene ohne allzu grosses Aufheben ebenfalls zu schliessen. Unter fadenscheinigen Vorwänden wird die Notschlafstelle polizeilich geräumt.
20. Februar: Gewaltsame Vertreibung der Bevölkerung aus dem Shopville durch die Polizei. Der Dialog zwischen Bunkerjugend und Werktätigen erscheint den Herrschenden als zu grosse Belastung für den gewinnträchtigen Geschäftsrummel in der Bahnhofspassage. Damit ist auch hier das Mass voll. Mit einem brutalen Tränengas-Einsatz, der nachträglich durch ein generelles Benützungsverbot des Shopville (Shopville-Verordnung) legitimiert wird, wird ein weiteres Begegnungszentrum geschlossen. Eine darauf folgende Grossdemonstration wird mit noch mehr Tränengas und zahlreichen Verhaftungen beantwortet.

21. März: Erste Konfrontation zwischen ARB und Polizei im Zoglins-KZ Uitikon. Wie in Zukunft und später vor allem bei der Massen-Entweichung von 17 Anstaltsinsassen geht es dem Anstaltsdirektor Conrad darum, im Namen der Zürcherischen Justizdirektion (A. Bachmann) einen Kontakt zwischen Bunkerjugend und Zöglingen zu verhindern. Was hier noch bestritten wurde, findet später sein Echo nicht nur in der Bevölkerung und in der Presse, sondern auch bei der Erfüllungsgehilfen der Klassenjustiz in Form von äusserst harten Repressionen gegen die Heimkampagne.
14. April: Polizei zerstört Wohnhäuser an der Venedigstrasse, die von einem Bewohnerverein, ARB und übrigen Bewohnern gemeinsam während zwei Wochen besetzt worden waren. Auch dies auf Geheiss des Stadtrates, der durch einen illegalen Handel die Strasse an einen Immobilien-Spekulanten verschachert hatte. Heute, bald zwei Jahre danach, macht sich auf dem ehemaligen Wohnraum noch immer eine Baugrube breit.
1. Mai: Nach der offiziellen Mai-Feier des Gewerkschafts-Kartells schliessen sich Fremdarbeiter und Arbeiterjugend wie jedes Jahr zu einer inoffiziellen Nachdemonstration zusammen. Ziele sind der Vorort, Sitz des Schweizerischen Industrie- und Handelsvereins, das US-Konsulat und das spanische Konsulat. 100 Meter vor dem spanischen Konsulat sperrt die Polizei mit Barrikaden die Strasse ab und verhindert die Demonstration. Nach fünf Monaten ständiger Repression äussert sich die Empörung der Jugendlichen in einem erbitterten Kampf gegen die mit Knüppel und Tränengas vorgehende Polizei. Die Protestaktion richtet sich nachher gegen die NZZ, die sich vor allen anderen in der Verhetzung der Jugendbewegung hervorgetan hat. Auf ein Verhandlungsangebot seitens der Demonstranten vor der Polizei-Hauptwache wird mit einem weiteren massiven Tränengas-Einsatz geantwortet. Leiter des Polizei-Einsatzes während des ganzen Tages war Polizeiinspektor Rolf Bertschi. In der Kommando-Zentrale hielt sich fast die ganze Zeit über Stadtrat Frick auf.

# I.MAI UND FREMDARBEITER

## 1. DIE FREMDARBEITER MACHEN SICH BEMERKBAR

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre fangen die Fremdarbeiter an, sich an der 1.Mai-Feier der Gewerkschaften politisch bemerkbar zu machen. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- der latente Fremdenhass fängt an politische Umrisse anzunehmen: die Unzufriedenheit der schweizerischen Arbeiter infolge der Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion, und die mit dieser Expansion zusammenhängenden Infrastrukturprobleme (die langsam an die Oberfläche kamen), ermöglichen es politisch, die Fremdarbeiter als Sündenbock erscheinen zu lassen. Diese, die natürlich von den erwähnten Problemen ebenfalls betroffen werden, spüren die Notwendigkeit zur Selbstverteidigung und äussern den Wunsch nach eigenen Organisationen.
- Die innenpolitische Lage in den Heimatländern zwingt die Opposition, auch in den Einwanderungslandern politisch tätig zu werden: man denke nur an die Faschisierung Griechenlands, an den Faschismus in Spanien, an die zunehmende Repression in Italien.
- Die grössere klassenkämpferische Erfahrung vieler ausländischer Arbeiter: starke Massenbewegung in Italien, Untergrundkampf und Arbeiterkommissionen in Spanien.

Der 1.Mai, als Tag der Arbeiter, ist verständlicherweise der geeignete Ort, an dem die erläuterte Unzufriedenheit und die Forderungen eben dieser Arbeiter zum Ausdruck gebracht werden konnten.

Dies musste aber notgedrungen zu Spannungen mit den Organisatoren der 1.Mai-Kundgebung führen: mit den schweizerischen Gewerkschaften, für die dieser Tag nur ein Fest darstellte, einen äusserlichen Beweis der Gültigkeit ihrer Politik der Sozialpartnerschaft, d.h. des Bündnisses mit dem Klassengegner.

Es gelang ihnen aber immer, wenigstens die äusserliche Einheit zu bewahren: diese hörte aber beim gemeinsamen Zug und bei der Bewilligung eines ausländischen Redners auf. Wie konnte es anders sein?

Der 1.Mai ist nichts anderes als die Widerspiegelung der politischen Realität der Arbeiterklasse: für die Gewerkschaften hiess diese Realität Arbeitsfrieden, Kollektivverträge, Mitgliederwerbung, während

die Fremdarbeiter begonnen hatten, am Arbeitsplatz über wirkliche Möglichkeiten zur Verteidigung ihrer Interessen zu diskutieren. Auf der Strasse zeigte sich diese Differenz z.B. im verschiedenen politischen Inhalt der Transparente, in der verschiedenen Bedeutung überhaupt, die die Fremdarbeiter diesem Tag gaben: für sie war es ein Kampftag.

## 2. POLITISCHE INHALTE DES 1. MAI DER FREMDARBEITER

Das Hauptmerkmal der kämpferischen Einstellung der Fremdarbeiter war die innenpolitische Situation ihrer Heimatländer:

Antifaschismus und Arbeiterorganisationen zur Verteidigung ihrer Interessen.

Als 1967 die griechischen Arbeiter einen schwarzen Holzsaarg mit der Ueberschrift "Demokratie" mit sich trugen und die Spanier immer wieder das Wort "Comisiones Obreras" schrien, musste konsequenterweise auch der Rahmen des offiziellen Umzuges gesprengt werden: daher setzte man nach dem Schluss des 'Festes' den Marsch fort bis zum griechischen Konsulat, wo der Saarg niedergelegt wurde, zog dann zum spanischen Konsulat weiter und schliesslich zum amerikanischen Konsulat, zum Symbol aller Uebel der kapitalistischen Gesellschaft.

Charakter, Inhalt und Form des 1. Mai der Fremdarbeiter ermöglichten das Verständnis zwischen ihnen und der Neuen Linken, die sich im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg und später anlässlich der Globus-Affaire gebildet hatte.

Trotz der vorwiegend ans Heimatland orientierten Politik der Fremdarbeiter zeigte sich mit der Zeit die Verknüpftheit mit der schweizerischen Realität: 1968 willigten die Fremdarbeiter ein, mit der Neuen Linken vor den Arbeitgeberverband zu ziehen, wo eine kurze Ansprache gehalten wurde; 1969 war sogar das Hauptziel der inoffiziellen Nachdemonstration eine typisch schweizerische Realität: die Fremdenpolizei.

Auch fällt die Trennung zwischen Fremdarbeitern und Gewerkschaften immer mehr auf: die Fremdarbeiter, die ohnehin schon immer nach Nationalitäten, wenn auch zwischen den gewerkschaftlichen Sektionen marschiert waren, stellen sich 1970 hinter dem Gewerkschaftszug mit der Neuen Linken und den Typographen auf.

Die Radikalisierung kommt nicht von ungefähr: vergessen wir nicht die Zuspitzung gewisser Probleme (v.a. des Wohnwesens) und die damit verbundene zunehmende Unzufriedenheit vor allem der Saisonarbeiter und derjenigen, die ihre Familie gerne nachziehen möchten; ferner die gescheite Ausnützung der rassistischen Erscheinungen und die Schwarzenbach-Initiative, um "antidemokratische", den Ausländerbestand regulierende Massnahmen einzuführen, die sehr präzise ins kapitalistische Entwicklungsprojekt passen.

Dazu kommt natürlich auch der verschärfte Klassenkampf in Italien und in Spanien.

Mit all diesen Erscheinungen verbunden steht die vermehrte Aktivität der ausländischen politischen Organisationen, die nun ziemlich offen und strukturiert zu handeln beginnen. Die spanischen Genossen führen eine kontinuierliche Information und Agitation im Zusammenhang mit dem Arbeitermord von Granada (Juli 70) und später mit den Burgos-Prozessen durch, was sogar zu kämpferischen Demonstrationen führt (Bern, Dezember 1970). Die italienischen Kommunisten konzentrieren sich vielmehr auf die Wahlen in Italien und auf die Forderungen nach politischen Rechten für die Fremdarbeiter, nach Aufhebung des Saisonarbeiterstatuts usw.

Was den Klassenkampf in der Praxis betrifft, so muss festgestellt werden, dass der Bruch des Arbeitsfriedens durch die wilden Streiks der Fremdarbeiter (zunächst nur defensive Streiks der Bauarbeiter, dann aber wichtigere Kämpfe in der Metallindustrie) eine bedrohliche Ueberwindung der Gewerkschaftspolitik darstellt.

Die darauffolgende Repression - die übrigens sehr geschickt mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten verbunden wurde (z.B. die Entlassung und Versetzung von Arbeitern) - trug dazu bei, dass immer mehr Fremdarbeiter sich der Notwendigkeit bewusst wurden, hier in der Schweiz gegen die kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen.

Dieses in der Praxis erlangte Bewusstsein ist umso richtiger, als es mit der analytischen Feststellung übereinstimmt, dass die EMIGRATION kein zeitweiliges und vorübergehendes Phänomen darstellt, sondern dass sie ein fester Bestandteil der europäischen Strategie des internationalen Kapitals ist, und dass die Emigration eine wichtige Rolle im europäischen Klassenkampf einnehmen wird.

Nach dem oben Gesagten ist die kämpferische Haltung der Fremdarbeiter objektiv begründet: es ist daher nicht verwunderlich, dass diese auch anlässlich des 1. Mai zum Ausdruck gelangte, trotz der mehr oder weniger gemässigten und oft zweideutigen Haltung ihrer Organisationen. Es entspricht also einer falschen Analyse der Realität, wenn man behauptet, die Neue Linke (oder ein Teil davon) habe die Situation künstlich zugespitzt und die Fremdarbeiter verheizt. Dass 1971 im entscheidenden Moment der Konfrontation die Fremdarbeiter - unter der ständigen Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren und ausgewiesen zu werden - sich zurückziehen mussten, liegt auf der Hand. Politisch gesehen liess sich aber ein kämpferischer 1. Mai seit einigen Jahren durchaus rechtfertigen und die Fremdarbeiter waren auf die Möglichkeit gewalttätiger Auseinandersetzungen gefasst.

Dies soll allerdings nicht bedeuten, dass man die Konfrontation mit der Polizei gesucht hat: unser politischer Feind ist nicht die Polizei. Wo sie sich aber als williges Werkzeug des Kapitals einsetzen lässt, sind die Arbeiter bereit, sich zu verteidigen. Fremdarbeiter und Neue Linke hatten sich bisher am 1. Mai immer defensiv verhalten; dass 1971 die Verteidigung mit improvisierten Waffen hart und entschlossen durchgeführt wurde, ändert nichts an der Tatsache, dass die Anwesenheit und das Verhalten der bewaffneten Polizei die Auseinandersetzungen provoziert hat. Man erinnere sich, dass 1970 vor dem spanischen Konsulat keine Polizei sichtbar war, und dass dort auch keine Zwischenfälle passierten.

Im Folgenden wird der Versuch gemacht, einige politische Kräfte, die im ersten Teil mehrmals erwähnt wurden, genauer zu analysieren. Es sind dies: die Gewerkschaften, die Organisationen der Fremdarbeiter, die Neue Linke.

### 3. DIE GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Es wurde bereits betont, dass am 1. Mai die Differenzen zwischen Gewerkschaften und Fremdarbeitern deutlich sichtbar wurden. Wer aber auch nur eine oberflächliche Kenntnis der Situation innerhalb der Fabriken hat der weiss, dass diese Differenzen dort ihren Ursprung haben. Bis vor wenigen Jahren führten die Gewerkschaften eine de facto fremdenfeindliche Praxis: Vernachlässigung der Inter-

essen der Fremdarbeiter, Weigerung, Fremdarbeiter in die Betriebskommissionen zu ernennen usw. 30 Jahre Arbeitsfrieden hatten die stark verbürokratisierten Gewerkschaften (mit Ausnahme der Typographen) unfähig gemacht, eine - wenn auch nur minimale - Kampfstrategie auszuarbeiten. Damit waren die Gewerkschaften nicht einmal mehr in der Lage, ihre Rolle als Kontrollinstrument des Kapitals über die Arbeiterklasse zu erfüllen. Dies konnte man anlässlich der verschiedenen wilden Streiks beobachten, als die Gewerkschaften die Arbeiter zur Einhaltung des Friedensabkommens mahnten, während die Kapitalisten solche Arbeitskonflikte bereits in ihre Entwicklungsprogramme einbezogen hatten. Rückständige und funktionslose Gewerkschaften hatten aber auch für das Kapital keinen Stellenwert mehr! Die weitsichtigsten der Unternehmer hielten schon Ausschau nach einer Möglichkeit, diese bewährte "Feuerwehr" der Klassenkonflikte wieder auf die Beine zu stellen.

#### 4. DIE ORGANISATIONEN DER FREMDARBEITER

Zunächst rieten die traditionellen Organisationen der Fremdarbeiter (die verschiedenen Komm. Parteien) vorbehaltlos, in die schweizerischen Gewerkschaften einzutreten. Unter dem Druck ihrer Anhänger mussten sie jedoch bald eine differenziertere Haltung einnehmen: man forderte, dass auch Fremdarbeiter in die Betriebskomitees gewählt werden könnten; da aber diese meistens in der Minderheit waren, griff man zu anderen Massnahmen. Man liess zum Beispiel Ausländerkomitees entstehen, die mehr oder weniger parallel zu den Gewerkschaften oder an ihrer Stelle arbeiteten. Dabei war es den Fremdarbeitern klar, dass sich in gewissen Teilen der schweizerischen Arbeiterschaft die Abneigung ihnen gegenüber erhöhen könnte. Angesichts der Notwendigkeit, sich zur Verteidigung ihrer Rechte organisieren zu müssen, mussten sie aber dieses Risiko eingehen.

Die Arbeit der Ausländerkomitees zielte auf eine Aktivierung grosser Teile der Arbeiterschaft. Es wurde daher immer wieder betont, dass nicht nur Gewerkschaftsmitglieder an Arbeiterversammlungen teilnehmen konnten. Von aussen gesehen kam das einer Sprengung der korporatistischen elitären Praxis der schweizerischen Gewerkschaften gleich; in der Tat aber bezweckte dieses Vorgehen die Einspannung grösserer Arbeiterschichten in gewerkschaftliche Politik. Mit wenigen Ausnahmen (SRO, wo man die Gewerkschaft gezwun-

gen hat, eine allgemeine Versammlung durchzuführen, und Escher-Wyss, wo im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionskasse eine ziemlich breite Agitation zustande gekommen war) haben jedoch bis jetzt die Ausländerkomitees eine eher geschlossene Aktivität entfaltet und sie waren im entscheidenden Moment (z.B. bei Escher-Wyss und Wagon-Schlieren) nicht imstande - oder nicht willens - eine Massenbewegung entstehen zu lassen. Allem Anschein zum Trotz berührte die Arbeit dieser Komitees ausschliesslich gewerkschaftliche Themen: von der Arbeitszeit zu den Ferienansprüchen, von den jährlichen Lohnerhöhungen zur Frage des indirekten Lohns etc. Wir meinen nicht, dass solche Themen nicht politisch relevant sein können, aber das hängt ab von der Art und Weise, wie man diese Forderungen behandelt, wie man um sie den Klassenkampf weiterführt. Die Ausländerkomitees waren nämlich nur wenig radikaler als die schweizerischen Gewerkschaften - es ging ihnen hauptsächlich darum, endlich einmal zu handeln. Während die Gewerkschaften sich immer noch auf institutioneller Ebene bewegten (z.B. Mitbestimmungsinitiative) oder in den Betrieben immer noch den Weg der Verhandlungen mit der Direktion (über die Betriebskommissionen) vorschlugen, veranstalteten die Fremdarbeiter eigene Versammlungen, stellten Forderungen und drohten in einem Fall sogar mit Streik (obwohl sehr demagogisch). Was ihr Vorgehen im allgemeinen betrifft, so war es stets mit zurückhaltenden, defensiven politischen Inhalten verbunden und zeigte Unfähigkeit oder Weigerung, eine gesamtpolitische revolutionäre Konzeption auszuarbeiten: man denke z.B. an ihre Behandlung des Pensionskassenproblems, an ihre Weigerung, es als Teil des Lohnstops zu betrachten und mit diesem als Bestandteil der kapitalistischen Offensive zu entlarven. Ganz allgemein charakterisiert sich das Vorgehen der Ausländerkomitees durch Zersplitterung der Arbeitskonflikte in viele von einander unabhängige Einzelprobleme, die isoliert behandelt werden.

In der Tat bedeutet die zunehmende Aktivität der Organisationen der Fremdarbeiter - objektiv betrachtet - die Ablösung der erstarrten schweizerischen Gewerkschaften durch kämpferischere Arbeiterorganisationen, welche verhindern sollen, dass die spontan zum Ausdruck gebrachte Autonomie der Arbeiterklasse auch ihre autonomen Organisationsformen finde. In dieser Perspektive sind Begriffe

wie NEUE GEWERKSCHAFT oder VEREINIGUNG DER ARBEITERORGANISATIONEN (als Modell ist oft die geplante italienische Gewerkschaftsunion präsentiert worden) in ihrer für das Entstehen einer revolutionären Betriebsbewegung folgenschweren Problematik zu verstehen.

## 5. DIE NEUE LINKE

Im Zusammenhang mit dem 1.Mai haben sich auch die verschiedenen politischen Konzeptionen der Neuen Linken manifestiert.

Einige davon verstanden den 1.Mai ganz abstrakt als den Tag der "Einheit der Arbeiterklasse" und versuchten, unabhängig von der wirklichen Klassensituation, wohltönende Parolen zu erfinden (1970: 'Alle Arbeiter sind Fremdarbeiter'; 1971: 'Gegen die Unterdrückung der Frau'). In diesen Phrasen zeigte sich klar das Fehlen jeglicher Betriebspraxis dieser Gruppen.

Andere Gruppen basierten ihre Parolen auf eine richtige Analyse der schweizerischen Klassenlage und schlugen als Einigungsmoment das Thema der kapitalistischen Konzentration vor (1971). Aber auch dieser Vorschlag war eben von oben herab in die Klasse geworfen, statt an den realen, wenn auch minimalen Kampfmöglichkeiten anzuknüpfen. Nur ein solches Vorgehen hätte nämlich erlauben können, die objektiv vorhandenen Arbeitskonflikte in eine Gesamtstrategie einzugliedern und sie organisatorisch zu erfassen. Die Einheit der Arbeiterklasse ist ein stufenweises zu erreichendes Ziel, kein Anfangspostulat, und kann nur über konkrete Kämpfe realisiert werden: die revolutionäre Theorie muss die wunden Punkte der kapitalistischen Organisation der Arbeit ausfindig machen und eine Praxis entwickeln, die diese mit den Teilen der Arbeiterklasse angreift, die wenigstens in Ansätzen dazu bereit sind, sei es weil sie "schlecht integriert" sind, sei es weil sie gewisse Aspekte der Ausbeutung stärker erfahren und daher einen höheren Bewusstseinsgrad aufweisen. Dass dieser Teil der Arbeiterklasse praktisch nur Fremdarbeiter und schweizerische Jungarbeiter umfasst kann uns nicht daran hindern, mit ihnen den Kampf anzufangen. Um diese Schichten herum werden die proletarischen Avantgarden entstehen und erst diese Kämpfe werden den Einigungsprozess einleiten und überhaupt die neue, den neuitigen Produktionsverhältnissen entsprechende Zusammensetzung der Arbeiterklasse definieren.

Die Zürcher Jugendbewegung, die durch die Globuskämpfe und durch die Kämpfe um den Lindenhofbunker gegangen war, hatte in ihrer täglichen Praxis erfahren, dass Einheit nur mit der Aufstellung konkreter Forderungen entstehen kann. Sie hatte ausserdem erkannt, dass ihr Anliegen nur Erfolgsperspektiven haben kann, wenn es der Strategie und Praxis des Klassenkampfes untergeordnet wird. Für sie war der 1. Mai der Moment des qualitativen Sprungs in ihrer politischen Aktivität.

Für weitere Gruppen war der 1. Mai Bestandteil des Arbeiterkampfes und als solcher eng verbunden mit ihrer Arbeit in den Betrieben. Diese Arbeit versuchte an die Inhalte der fortschrittlichsten Kampfparolen anzuknüpfen, die eben auch während der 1. Mai-Kundgebung propagiert werden müssen, damit dieser Tag als Glied in der Bildung der neuen revolutionären Arbeiterorganisation fungieren kann. Diese Gruppen verbreiteten Parolen, die die Arbeiterautonomie, den Kampf gegen die Arbeit, die einheitlichen Lohnerhöhungen usw. beinhalteten. Solche Parolen vermochten, gerade weil sie der reellen Situation in den Betrieben Rechnung trugen, viele Fremdarbeiter um sich zu vereinigen und haben somit dazu beigetragen, dass diese die politische Verbindung zwischen dem nationalistischen Charakter ihres 1. Mai und der wirklichen Situation in der sie arbeiten, herstellen konnten.

Die Schwäche dieser letzteren Gruppen der Neuen Linken hat darin bestanden, dass sie schlecht imstande gewesen sind, eine starke, kontinuierliche Aktivität innerhalb der Betriebe auszuüben, um die richtigen Momente und Formen der Arbeiterspontaneität organisatorisch zu erfassen. Auch verstanden sie es schlecht, sich von den revisionistischen Organisationen, mit denen sie sich für gewisse Aktionen vereinigten, politisch zu unterscheiden, was in der Arbeiterschaft Unklarheit und Zweifel hinterlassen kann.

Anhang: CHRONOLOGIE ZUM 1. MAI DER FREMDARBEITER

---

- 1966: Noch keine Nachdemonstration. Einziger Zwischenfall: schweiz. Faschisten wollen den italienischen Sprecher nicht zu Wort kommen lassen.
- 1967: Gewerkschaftliche Kundgebung: Helvetiaplatz - Albisriederplatz - zurück. Themen: Atomgegner, Frauenstimmrecht, Vietnam. Die gewerkschaftlichen Parolen sind wenig angriffig.  
Fremdarbeiter treten stark in Erscheinung: selbstgefertigte Transparente, rote Fahnen, Frauen und Kinder. Griechen mit schwarzem Sarg "Demokratie", Spanier schreien nach Comisiones Obreras, die Italiener marschieren mit den Bauarbeitern.  
Inoffizielle Nachdemonstration: 2 Stunden durch die Stadt: zum griechischen Konsulat (Sargniederlegung vor der Tür), dann zum spanischen Konsulat und schliesslich zum US-Konsulat.  
Vor allen Konsulaten: Polizeikordon, kein Eingreifen.
- 1968: Gewerkschaftliche Kundgebung: Stauffacher, Parade, Bahnhofstrasse, Münsterhof. Motto: Friede in Vietnam. Die Fremdarbeiter marschieren zwischen den Gewerkschaftssektionen. Wenige Gewerkschafts-Parolen.  
Vorne marschieren: Jungarbeiter, FSZ, Junge Sektion PdA, Dienstverweigerer. Zum ersten Mal ein Sprecher der Studenten: Claudia Honegger. Zwischenrufe während des Hauptreferates (R. Tschäppät), am Münsterplatz wird eine US-Fahne abgerissen.  
Nachdemonstration: Jugend und Fremdarbeiter. Halt vor dem Sitz des Arbeitgeberverbandes (Ansprache F. Rueb), Marsch zum griech. Konsulat: Ansturm auf Polizeibarrikade, aber keine Schlägerei. Die Griechen führen eine Offizierspuppe mit, die Delegation wird durchgelassen und verbrennt die Puppe. Limmatquai - Sitzstreik vor der Hauptwache.
- 1969: Die Gewerkschaften bewilligen nach langem Hin und Her wieder einen Redner der Jugend: C. Hürlimann. Nach der offiz. Kundgebung Aufruf mit Megafon zur Nachdemonstration: Münsterplatz - Limmatquai - Central (Sitzstreik gegen Fremdenpolizei) - span. Konsulat: Polizei ist einsatzbereit, bleibt aber unsichtbar, nur ein Polizist mit Funk. Hinter dem Konsulatschild wird eine republikanische Fahne gehisst. Dann Stadthausanlage wo ein FASS-Pic-nic stattfindet.
- 1970: Offiz. Kundgebung im Vorfeld der Ueberfremdungsinitiative. Neue Linke und Typographen treten für die Einheit der Arbeiterklasse ein. Versch. Gewerkschaften sind wohl gegen die Schwarzenbachinitiative, aber für Beschränkung der Einreise!  
Der Zug zerfällt in 2 gleiche Teile: die Gewerkschaften (ohne Typografen) und hinten die Fremdarbeiter mit der Neuen Linken und den Typografen. FASS mit vielen Anti-Schwarzenbachparolen.  
Am Münsterhof spricht für die Neue Linke: A. Böckli. Sprechchöre unterbrechen die Rednerin Lieberherr.

Kurz vor Schluss: FASS und Fremdarbeiter marschieren ab. Quaibrücke, griech. Konsulat, Strasse ist gesperrt. Eine Gruppe mit griech. Fahne mit Trauerflor und roten Fahnen wird zugelassen, Delegation zum Konsul mit Protestschreiben. Reden auf griech. und deutsch (Rueb). Dann: span. Konsulat, wo keine Polizei sichtbar ist. Fahnenstange und span. Emblem werden abgerissen, rote Fahne gehisst. Reden auf span. und ital. Später zum US-Konsulat: der Durchgang ist gesperrt, aber die Polizei steht nur vor dem Eingang und schreitet nicht ein. Demonstrativer Aufmarsch der Spezieltruppe mit weissem Helm. Wird mit Pfeifkonzert und Hitlergruss empfangen, bleibt nur einige Minuten und macht sich wieder davon. Zum Schluss spricht noch einmal A. Böckli.

- 1971: Der offiz. Umzug ist nach aussen wieder einheitlich, aber politisch deutlich zweigeteilt. Marsch vom Kreis 4 zum Münsterplatz: 6000 Personen, Reden auf Deutsch, Ital., Span., für die Zürcher Jugend spricht R. Thut: gegen die Friedens- und Verhandlungspolitik der Gewerkschaften, die Streiks von Genf und Vevey als Modell angegeben. Der ital. Sprecher Burrino empfiehlt seinen Landsleuten, trotz allem in die Solidarität der Arbeitenden und in die Organisationen Vertrauen zu haben. Die Nachdemonstration zieht vor den Vorort, dann zum US-Konsulat, schliesslich über Bahnhofplatz zur Stampfenbachstrasse (span. Konsulat), die unerwarteterweise abgesperrt ist. Es kommt zu Schlägereien und nach dem Auftreten der Bereitschaftspolizei zu mehrstündigen Auseinandersetzungen an der Stampfenbachstrasse, am Bellevue und auf der Uraniabrücke.
- 1972: Offiz. Zug in 2 Teilen:  
 kleiner Zug ab Sihlpost, durch Kasernenstrasse, Badenerstrasse, Seebahnstrasse, Helvetiaplatz (es schlossen sich ihm die Leute an, die gegen die Hardplatzvorlage protestierten).  
 Grosser Zug: Limmatplatz, Langstrasse, Helvetiaplatz. Der Zug der Neuen Linken und der Fremdarbeiter ist ebenso stark wie der gewerkschaftliche Zug. Kleinere Streitigkeiten am Limmatplatz um die Reihenfolge.  
 Ital. Kommunisten treten sehr stark auf: für die Wahlen. Die Neue Linke stellt keinen Referenten mehr, für den offiz. Teil der Jungarbeiter spricht am Helvetiaplatz H.P. Gächter (SBHU).  
 Bei der Ankunft des grossen Zuges auf dem Helvetiaplatz gibt es Konfusion und Missverständnis: die Neue Linke hatte beschlossen, nicht anzuhalten und den Marsch sofort weiterzuführen. Viele Fremdarbeiter kommen mit, andere bleiben dort, weil sie schlecht informiert wurden und v.a. weil die ital. Organisationen nicht einverstanden waren. Als sich die Spanier doch noch entschliessen, zum Werdplatz zu gehen, ist der N.L.-Zug schon weitermarschiert in Richtung Bahnhofplatz: die Spanier kommen allein zum Werdplatz, warten dort fast eine halbe Stunde und gehen dann zum Helvetiaplatz zurück, einige Minuten bevor der Hauptzug der Neuen Linken auf dem Werdplatz ankommt: die Spanier sind erbost über angebliche Routenänderungen und Nichteinhaltung der Abmachungen und konnten nicht dazu bewegt werden, noch länger zu warten.

# Frauenkampf - Klassenkampf

In der Produktion und auch in der Familie hat die Frau eine von den Männern abweichende Funktion, die aber in engem Zusammenhang mit derjenigen des Mannes steht. Beide, Frauen und Männer, dürfen die ihnen vom Kapital zugewiesenen Funktionen nicht als auf das andere Geschlecht ausgerichtete betrachten, sondern müssen die Grundlagen analysieren, welche ihre geschlechtsspezifische Rolle überhaupt möglich machen. D.h. wir müssen von der Analyse über die besondere Ausbeutungssituation der Frau im Kapitalismus ausgehen, die die grosse Mehrheit (Reproduktion und Produktion) der Frauen betrifft, die den Eintritt oder Nicht-eintritt in den Arbeitsmarkt bestimmt, die ihre spezifische Situation im kapitalistischen System bestimmt.

Die Frauen müssen sich zuerst bewusst werden, welche Funktionen sie in der Familie ausüben, welche Rolle sie am Arbeitsplatz innehaben, sodann welche Rolle dem Mann zukommt, damit sie ihre Emanzipation nicht als Kampf gegen den Mann verstehen können.

Wir wissen, dass die Situation der Frau im kapitalistischen System problematisch ist, wir lehnen es aber ab, dies nur als spezifisches Frauenproblem anzusehen. Dies würde heissen, dass sich die Emanzipation der Frau lediglich darauf ausrichten würde, unsere Situation an diejenige des Mannes anzugleichen, was unser stillschweigendes Einverständnis mit der bestehenden Klassengesellschaft voraussetzen würde.

Was wir wollen ist, gemeinsam mit den Männern den Kampf gegen die Unterdrückung, gegen die Ausbeutung, gegen die Klassengesellschaft aufzunehmen und neben dem gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus die Interessen der Frauen vermehrt als bisher in den Kampf einzubeziehen.

## DIE FRAU IM KAPITALISMUS

Von den obengenannten Gesichtspunkten aus müssen wir die Diskriminierung der Frau in ihren zwei Hauptaspekten betrachten: in der Reproduktion und in der Produktion.

Die gesamte Produktion (Kinder) und Reproduktion der Arbeitskraft (Aufrechterhaltung der Arbeitskraft von Mann und Kindern, als Mutter, Erzieherin, Haushälterin), die sich in der Familie abspielt, ist - durch die kapitalistische Arbeitsteilung bedingt - nur den Frauen übertragen.

Diese Tätigkeit, die durch die kapitalistische Organisation der Arbeit in eine private Tätigkeit transformiert wurde, stellt einen produktiven Beitrag für das Kapital dar. Die Tatsache, dass die Frau als Gegenleistung für diese Arbeit höchstens ein Entgelt in der Höhe ihres Existenzminimums in Form eines Naturalienhandels mit dem Mann, in Form des Familiensalärs erhält, zeigt, dass sich das Kapital einen Teil der Arbeit im Haushalt unentgeltlich aneignet.

Diese Ausbeutung ist umso wirksamer, als sie verschleiert wird durch die Abwesenheit eines Lohnes für die Frau überhaupt. Dadurch, dass die Frau vorbestimmt und gezeichnet ist von der materiellen Basis (die unsichtbare, unbezahlte Tätigkeit der Frau im Haushalt, organisiert mittels Familienlohn des Chefs der Familie) bestimmt ihren Eintritt in den Arbeitsmarkt. Sie tritt somit mit unterschiedlichen Voraussetzungen als der Mann in den Arbeitsmarkt ein, als Ware mit einem geringeren Wert, die einer speziellen Verwendung vorbehalten ist.

Im Gegensatz zum Lohn des Mannes, der definiert ist durch den notwendigen Lohn zum Unterhalt seines Lebens, der Familie, d.h. der Kinder als zukünftige Arbeitskräfte, wird der Lohn der Frau als sogenannter Lohnzuschuss, eben zudem des Mannes, definiert. D.h. also: die Frau wird im Gegensatz zum Mann zweimal vom Kapital ausgebeutet.

### 1. Produktion

Die spezifischen Voraussetzungen, unter denen die Frau in den Arbeitsmarkt eintritt, geben dem Kapital die Möglichkeit, sie für bestimmte Funktionen bereitzuhalten. Die Frau dient als stän-

dig verfügbare und anpassungsfähige, flexible Reservearmee für den Fall, dass das Kapital vermehrt Massenarbeiter braucht, z.B. zur Aufrechterhaltung der Produktion während eines Krieges, wenn die Männer im Militär sind.

Für das Kapital stellt diese Reservearmee keine Arbeitslosigkeit dar, weil die Entlohnung der Hausfrauen über ein Familiensalar diese überhaupt nicht als produktive Arbeiterinnen in Erscheinung treten lässt.

Bisher hat das Kapital es meistens vorgezogen, von den unentgeltlichen Diensten, die die Frau im Haushalt leistet, zu profitieren, von ihrer Rolle als Bremsfaktor gegen unproduktive Ausgaben für soziale Dienste, als Bremsfaktor gegen die Erhöhung des Männerlohns.

Indem das Kapital heute danach strebt, die weibliche Arbeitskraft in einen gleichzeitig flexibleren und vereinheitlichteren Arbeitsmarkt zu integrieren, versucht es seinen Plan der Neustrukturierung des Produktionsapparates (Massenarbeiter) zu verwirklichen. Auch die Frauenarbeit wird in diese Bestrebungen, die produktive soziale Kraft besser auszunutzen, einbezogen.

Ein Drittel aller in der Produktion Tätigen sind heute Frauen. Sie verdienen im Durchschnitt einen Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen. Hier erzielt das Kapital also eine direkte Profitsteigerung durch die direkte Ausbeutung der Frau in der Produktion.

Die Funktion der Frau ist dabei die Niederhaltung der Gesamtlöhne. Durch die ungleiche Entlohnung von Mann und Frau gewinnt das Kapital ein weiteres wirksames Mittel, die Arbeiterklasse zu spalten.

## 2. Reproduktion

Durch die kapitalistische Arbeitsteilung ist die Reproduktion der Arbeitskraft der Frau übertragen. Als Mutter, Erzieherin, Haushälterin sorgt sie dafür, dass der Mann fähig ist, seinen Platz in der Produktion gewinnbringend auszufüllen. Als Gebärmaschine sorgt sie für den ständigen Nachwuchs der Arbeitskraft. Die Familie als Zelle privater Autoritätsausübung hat für den Mann einen ausserordentlich wichtigen kompensatorischen Charakter: hier

und nur hier hat er die Chance zu herrschen, zu bestimmen und zu entscheiden, die Chance sich so zu verhalten, wie es eben die gesellschaftliche Rolle des Mannes vorschreibt. In der Familie steht er an der Spitze der Hierarchie, gefolgt von der Frau und den Kindern, in der Familie kann er seinem Aerger und seinen Frustrationen, die er sich täglich in der Produktion holt, Luft machen, ohne sich, seine Stellung, oder gar das System selbst zu gefährden.

Die Rolle des Mannes in der Familie beinhaltet aggressiven Individualismus, Autoritätsausübung und eine hierarchische Sicht von sozialen Beziehungen - Werte, die für den Fortbestand des Kapitalismus fundamental sind.

Als "Ergänzung" zum Mann in der Familie ergibt sich die Stellung der Frau. Sie ist dafür verantwortlich, dass "Harmonie" herrscht, mittels vermehrtem Konsum, Luxus, Wohnkomfort usw. Das heisst sie ist dafür verantwortlich, dass keine dieser Scheinpositionen entlarvt wird, also dass diese Ideologievermittlung, diese Anpassung im kleinen reibungslos funktioniert, dass die gesellschaftliche Ideologie und Rollen Anpassung schon in der Familie aufgebaut wird und in der Schule, am Arbeitsplatz und im ganzen gesellschaftlichen System ohne nennenswerte Widerstände fortgesetzt werden kann.

### 3. Ideologie

Die kapitalistische Gesellschaft hat das Bild der Frauen geschaffen, das den Bedürfnissen des Systems entspricht. Voran steht die allgemeine Verdummung der Frau, die in Form einseitiger, geschlechtsspezifischer Erziehung seit Generationen an Frauen vermittelt wird. Die Frauen selbst fungieren hier als Vermittler der verlogenen gesellschaftlichen Werte.

Frauen erziehen Frauen, nicht nur als Mutter, sondern auch als Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen usw. Sie vermitteln die Anerkennung der bestehenden Anordnung der gesellschaftlich definierten Unterschiede zwischen den Rollen von Mann und Frau.

Mit der spezifischen Ausbildung wird die Frau selektioniert für untergeordnete, ungelernete, dienende Arbeiten wie unterste Massenarbeiterin (Bürogehilfin, Sekretärin, Verkäuferin), in den sozialen Sektor (Krankenschwester), oder in den Dienstleistungssektor (Putzfrau, Hotelangestellte, Zimmermädchen usw), immer als

Hilfe und Unterstützung der Männerarbeit.

Durch diese geschlechtsspezifische Erziehung und Ausbildung werden den Frauen die Grundlagen vorenthalten, die später die Gleichstellung der männlichen und weiblichen Arbeiten gewährleisten könnten. Von Kindheit an wird sie auf ihre Rolle als Frau und auf ihre Aufgaben im kapitalistischen System erzogen. Die Frau gehört der Familie und nicht der politischen Gesellschaft.

#### 4. Sexualität

Die Sexualität ist traditionsgemäß der am meisten tabuisierte Bereich innerhalb der Situation der Frau. Die Frauen werden als sexuelle Objekte angeeignet, wie auch als Gebärerinnen oder Produzentinnen.

Frauen sind primär sexuelle Geschöpfe, Sexualobjekte der Männer. In dieser Eigenschaft werden sie zu Waren, zu Konsumgütern, die sich gut verkaufen lassen (Profitsteigerung), wenn sie den gesellschaftlichen Standardvorstellungen von dem, was eine Frau tut, wie sie sich anzieht, sich schminkt, sich pflegt, entspricht. Die Mehrzahl der Frauen versuchen diesen Standards zu entsprechen, sie verhalten sich so, dass es den Männern gefällt. Eine Frau wird daran gemessen, wieviel Erfolg sie bei den Männern hat, nach demselben Maßstab wird sie auch von den Frauen akzeptiert und gilt als erfolgreich. Diese Standards, die von der kapitalistischen Gesellschaft geschaffen wurden, fördern die Rivalität und verhindern somit ein Klassenbewusstsein der Frau als Frau, und ein Klassenbewusstsein von Arbeitern und Arbeiterinnen als Proletariat.

Die totale Ausrichtung der Frau auf die Männer wird in jeder Reklame versexualisiert, in jeder Fernsehshow durch sämtliche Kommunikationsmittel deutlich. Die Darstellung der Frau als sexuelle Verführerinnen des Mannes bedeutet in Wahrheit ihre totale Manipulation - die Verhinderung ihrer Selbstentfaltung. Die Definition der Frau als sexuelles Objekt deklassiert sie für jede ernsthafte Betätigung ausserhalb dieses Bereiches. Durch die Situation, dass die Frauen als Sexobjekte, Maskottchen, Prestigeartikel, Aufstellungsobjekt der Männer definiert werden, ist das sexuell-emotionale Verhältnis zwischen Mann und Frau ein Unterscheidungsverhältnis der Frau unter den Mann.

## KAMPFPERSPEKTIVEN DER FRAUEN IM KLASSENKAMPF

A Aus der Situationsanalyse der Frau im Kapitalismus können wir 7 Punkte herausgreifen, die den Kampf der Frauen heute bestimmen müssen:

1. Der Kampf der Frauen richtet sich nicht gegen die Männer, sondern gegen das kapitalistische System.
2. Wir fordern nicht eine Angleichung an die Situation der Männer in Gesellschaft und Betrieb, so wie es bereits vom Kapital gefördert wird, sondern wir verweigern die Arbeit im Betrieb und fordern den politischen Lohn.
3. Das Kapital eignet sich die produktive Hausarbeit unentgeltlich an.
4. Das Kapital nützt die Situation der Frauen, um sich eine ständige Reservearmee für den Produktionsprozess zu halten. Dadurch wird die Arbeitskraft der Frau zur Ware geringeren Werts.
5. Solange die Frauen in materieller und sozialer Abhängigkeit verbleiben, wirken sie für das Kapital positiv als Bremsfaktor gegen die Arbeiterkämpfe, Streiks usw.
6. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen der Familie werden vom Kapital wohl mehr und mehr aufgehoben. Die Familie behält aber eine wichtige Funktion: als ideologisches Kontrollinstrument des Kapitals.
7. Die Frauen als Erzieherinnen haben die Aufgabe, die herrschende Ideologie ihren Kindern einzupflanzen.

Aus diesen Punkten versuchen wir eine Strategie für den Kampf der Frauen aufzustellen.

### B Einschätzung der gesellschaftlichen Situation in Bezug auf die Rolle der Frau

Das Kapital bemüht sich stark um eine "bürgerliche" Emanzipation der Frauen, das heißt es will die Frauen von ihrer alten Rolle in Produktion und Reproduktion befreien, um sie besser ausbeuten zu können:

#### 1. Reproduktion

Hausarbeiten werden durch Maschinen und Erweiterung der Dienstleistungsbetriebe leichter und weniger zeitraubend. Für die Kinder stehen tagsüber Horte zur Verfügung. Jede Frau kann also

tagsüber über einige Stunden freie Zeit verfügen. Das Kapital überzeugt sie nun mit allen Mitteln der Massenmedien, dass sie während dieser freien Zeit arbeiten soll, damit sie finanziell unabhängig werde, damit sie ihr Leben abwechslungsreicher gestalten könne, damit sie den gesellschaftlichen Bezug nicht verliere, damit sie up-to-date bleibe, kurz: damit sie sich emanzipieren könne.

## 2. Produktion

Immer mehr wird durch das Kapital die scharfe Trennung in Männer- und Frauenberufe aufgehoben. Von der Lastwagenchauffeuse bis zur Ministerpräsidentin werden den Frauen bald alle Berufe offen stehen. Damit schafft sich das Kapital grössere Rekrutierungsmöglichkeiten für den immer arbeitsteiligeren und spezialisierteren Arbeitsprozess.

## 3. Rolle der Frau gegenüber dem Mann

Die Partnerschaftsideologie, die Männern und Frauen gleiche Rechte und gleiche Chancen zubilligt, wird vom Kapital gefördert, soweit sie ihm nützt. Das Kapital ist im Begriff, die frühere Herrschaft des Mannes nun selbst zu übernehmen, die Frauen nun direkt und nicht mehr über die Rolle des Mannes zu unterdrücken. Mit Pille und Mode wird die sexuelle Befreiung propagiert; die Ausbeutung am Arbeitsplatz befreit von der Ausbeutung durch den Mann!

Diese drei Punkte erklären das Interesse des Kapitals an der sogenannten Emanzipation der Frau. Gemeint ist eine "bürgerliche Emanzipation", weil sie nur im Interesse des Kapitals geschieht und nicht eine wirkliche Befreiung der Frauen bedeutet, die nur eine gesamtgesellschaftliche Emanzipation aller Unterdrückten herbeiführen kann.

Trotzdem bringt die bürgerliche Emanzipation Vorteile und schafft wichtige Voraussetzungen für eine revolutionäre Arbeit in den Quartieren.

## C DIE HEUTIGE POLITISCHE ARBEIT MIT DEN FRAUEN

Wir teilen die konkrete Arbeit auf in zwei Gebiete:

- Schülerinnen und Lehrtöchter
- Hausfrauen

1. Bei den Schülerinnen und Lehrmädchen besteht unsere Arbeit vor allem in der Agitation. Wir müssen ihnen ein politisches Bewusstsein vermitteln, damit sie vermehrt an den Auseinandersetzungen und Kämpfen ihrer Schulkameraden und Arbeitskollegen teilnehmen.
2. Bei den Hausfrauen wird die Arbeit zunächst wieder zwei Bereiche umfassen. Es geht einmal darum, unter den Müttern eine Solidaritätsbewegung auf materieller Basis, d.h. auf der Basis ihrer Kinderarbeit zu schaffen. Kindererziehung soll gemeinsam geschehen, damit die Frauen Zeit gewinnen für sich selbst, für politische Arbeit, aber nicht für die Produktion.

Die Agitation unter kinderlosen Ehefrauen soll direkt die Arbeitsverweigerung in der Produktion beinhalten. Dies fordert schon ein höheres politisches Bewusstsein, da diese Frauen ihre finanzielle Unabhängigkeit für politische Arbeit opfern müssen. Beide Bereiche sind klar ausgerichtet auf den Kampf um den politischen Lohn, der ihre spezifischen und die Interessen der ganzen Arbeiterklasse ausdrückt.

März 73

## Die wichtigsten Entlassungen 1972:

Monat	Firma	Maßnahme	Entlassene
Jan.	Kunstseide Steckborn	Teilschließung	200
Febr.	Ziegelei Gasser, Derendingen	Schließung	20
Febr.	Ugine Kuhlmann, Vallorbe	Schließung	38
Febr.	Vogt Lederwaren, Oerlikon	Schließung	73
Febr.	AGIE Elektronik Losone	Umstellung	30
Febr.	Kraftwerke Brusio, Puschlav	Einschränkung	28
Febr.	MZM Uhre, Le Locle	Einschränkung	40
März	Société d'Instruments de Physique, Genf	Umstellung	160
März	AMAG, Schinznach	Umstellung	80
März	Lanco Uhren, Langendorf	Teilschließung	130
März	Uhrenschalenfabrik Tramelan	Konkurs	?
April	Hamilton Watch, Biel	Schließung	110
April	Sheffield Uhren, Muttenz	Konkurs	55
April	Feldmühle Rorschach	Einschränkung	350
Juni	Glashütte Siegwart Küßnacht	Schließung	240
Juni	Zigarrenfabrik Vautier, Yverdon	Einschränkung	50
Juni	Agon Watch, Tavannes	Verlegung	28
Juni	Papierfabrik Laufen	Schließung	142
August	Schafroth Cie AG, Burgdorf	Uebnahme	?
Sept.	Skifabrik Bière	Schließung	120
Sept.	Philips-Werk, La Chaux de Fonds	Schließung	40
Okt.	Hermes-Präsisa, Säckingen (BRD)	Rationalisierung (von Revox übernommen)	300
Okt.	Omega in Köniz	Rationalisierung	24
Okt.	United Cigarettes Co., Genf	Schließung	95
Okt.	Oco-Schuhfabrik, Zurzach	Schließung	200

## Buchläden

8004 Zürich  
Engelstr. 62  
Tel. (04) 387267

6740 Ginecra  
Via Stazione  
Tel. (002) 712347

6600 Locarno  
Via Cittadella 8  
Tel. (033) 72274



## LEST:

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 33  
N. BALESTRINI

VOGLIAMO TUTTO - WIR WOLLEN ALLES!  
Roman der Fiatkämpfe

"Held" dieser Geschichte sind die Arbeitermassen: Das Proletariat des Südens, durch dessen Arbeit die italienische und europäische Industriexpansion der letzten 20 Jahre möglich wurde. Der Arbeiter der tausend Berufe, unqualifiziert, immer bereit, den Arbeitsplatz zu wechseln; Arbeitslosigkeit, tausend Handlangerdienste, ewiges Sich-Abmühen und schließlich die Emigration - das sind die Stationen, die er durchläuft - genau wie alle anderen Auswanderer.

Nach mehreren mißglückten Anfängen daheim im italienischen Süden wirft er sich in den Strudel der Emigration. In Mailand nimmt er die miserabelsten Arbeiten an, findet er sich in eine absurde Gesellschaft versetzt, wo Arbeit und Konsum alles sind. Hier entwickeln sich die politischen Eigenschaften, die ihn und die anderen in vergleichbarer Lage kennzeichnen: seine Entfremdung von der Arbeit, seine Ablehnung der Berufsethik - seine Unfähigkeit, sich mit einem "Beruf" verbunden zu fühlen und zu identifizieren - da seine Arbeit nur dazu dient, das nackte Überleben möglich zu machen. Jetzt beginnt er seinen eigenen Krieg, führt in mit List und Tücke, und verteidigt so seine Bedürfnisse gegen die unerbittlichen Gesetze der Produktion. In den Autofabriken des Nordens lernt er aber bald, seine Fähigkeit und seinen Willen zur Revolte gezielt einzusetzen - nämlich kollektiv, gegen Arbeit und Ausbeutung. Bei Fiat-Mirafiori trifft er auf die Studenten und Arbeiter, die die ersten Streiks organisieren - und entwickelt sich zu einem Avantgardearbeiter dieser Kämpfe.

ca. 120 Seiten - im Abonnement 15% billiger ca. Fr. 8.70

erhältlich bei **eco** LIBRO

AUTONOMER KAMPF ZUERICH EIGENDRUCK

Verantwortlich: H.K.Gaderer  
Los Gatos, California